

## Dienstag, 27. November 2001 Nachmittag

Vorsitz: Standespräsident Rodolfo Plozza  
 Protokollführer: Curdin Casaulta  
 Präsenz: anwesend: 118  
 entschuldigt: Nigg, Pleisch  
 Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

### Interpellation Dermont betreffend „Strassenverbindung in die Surselva“

(Wortlaut Oktoberprotokoll 2001, Seite 185)

*Dermont:* In einem Interview in der Lokalzeitung Arena Alva hat Regierungspräsidentin Widmer letzthin, unter anderem folgenden zutreffenden Satz gesagt: „Die Verkehrswege sind unsere Lebensadern.“ Es ist Aufgabe der Regierung die Zugänge zu sichern und auch die gesamte Regierung ist sich, gemäss der Antwort auf die Interpellation, der Bedeutung der Oberalpstrasse für die Erschliessung der Surselva bewusst. Die Oberalpstrasse, welche von Reichenau aus die Surselva erschliesst, ist von grosser Bedeutung für das Tal und dessen Bevölkerung. In unseren Regionen, in denen weder die industriellen Tätigkeiten, noch die stark von Beiträgen abhängige Landwirtschaft, wirtschaftliche Alternativen sein können, ist der Tourismus zum wichtigsten Arbeitgeber geworden. Um in der Surselva nicht zusätzliche Wettbewerbsanteile zu verlieren, sind Innovationen und Ideen zur Diversifizierung des Fremdenverkehrsangebotes nötig. Solche sind vorhanden und wurden in den letzten Jahren umgesetzt. Insbesondere die Weisse Arena, aber auch Vals, Obersaxen, Disentis, Sedrun, Brigels und andere Stationen bemühen sich darum. Nach vielen Jahren der Planung und Diskussion um die Verbesserung der Strassenverbindung in die Surselva, wurden und werden im Moment vom Bund und Kanton tatsächlich erhebliche Summen in dieses Projekt investiert. Mit dem bereits realisierten Tunnel in Trin für 115 Millionen Franken und mit dem Entscheid von Bund und Regierung, zusammen für das Umfahrungsprojekt Flims knapp 300 Millionen Franken zu investieren ist ein grosser und wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Erschliessung der gesamten Surselva natürlich bereits erfolgt. Das ist eine Investition, die sich für den Kanton längerfristig auszahlen wird. Für mich ist es jedoch unverständlich, dass bei bereits soviel investiertem Geld, das ganze Projekt nicht sinnvoll abgerundet und beendet wird. Alle Autofahrer, welche die Strecke öfters befahren, wissen dass durch den Bau von zwei bis drei längeren Kriechspuren für Lastautos, Reisebusse und für den übrigen Personentransport Überholungsmöglichkeiten geschaffen würden, welche im Moment auf der ganzen Strecke nicht vorhanden sind. So könnte denn auch nach der Eröffnung des Tunnels Flims vorprogrammierten Staus, verursacht vor allem durch Lastwagen und Reisebusse, entscheidend entgegengewirkt werden. Es braucht sicher keine Autobahn in die Surselva, aber ein fliessender Verkehr käme unter anderem auch der Natur zugute und würde die Durchfahrt durch die neuen Tunnels mit der erlaubten Geschwindigkeit von 80 Kilometer pro Stunde ermöglichen und dazu beitragen, dass die

getätigten Investitionen die gewünschte Wirkung erzielen. Aus den dargelegten Gründen ist es für mich unerklärlich, dass sich die Regierung, sofern eine Kosten-Nutzenrechnung überhaupt gemacht worden ist, der Planung und Realisierung einer Kriechspur an den Orten, die sich dafür eignen auch längerfristig nicht stellen kann oder will. Somit wird eine Möglichkeit verpasst, gute Mobilitätslösungen für den öffentlichen sowie für den privaten Verkehr zu schaffen. Lösungen, die den Alpenraum für Gäste attraktiver machen und Lösungen, die Arbeitsplätze schaffen und die Lebensqualität verbessern würden.

*Caviezel:* Die Surselva ist, wie jede andere Region auch, auf eine bessere Hauptverbindungsstrasse angewiesen. Da sind sich Regierung und Interpellant gleicher Meinung. Jedoch beim Ausbau gehen die Meinungen auseinander. Ich habe Mühe den Inhalt des letzten Satzes zu verstehen. Die Regierung schreibt, dass eine Realisierung einer Kriechspur zwischen Reichenau und Ilanz auch längerfristig nicht in Aussicht gestellt werden könne. Wenn nun die Regierung auch nicht längerfristig etwas unternehmen kann, so heisst das für mich so viel, dass die Realisierung nicht in Frage kommt, oder dass das Vorhaben überhaupt nie realisiert wird. Können Sie Regierungsrat Engler noch zum Zeitpunkt etwas konkreter werden? Zum Ausbau für die Verbindungsstrasse Reichenau/Ilanz musste in den letzten zehn Jahren in den Unterhalt viel investiert werden. Die Strasse, wie sie sich im heutigen Zustand präsentiert, vermag diesen Verkehr nicht mehr zu tragen. An zahlreichen Stellen musste, bzw. muss neu geteert werden. Die Korridore müssen ständig verbessert und verstärkt werden. Diese Arbeiten verursachen eben die viel zu hohen Unterhaltskosten. Ich bitte Sie, die Investitionen im Unterhalt dieses Teilstücks der letzten zehn Jahre zusammenzurechnen. Mit diesen Investitionen hätte bestimmt eine Kriechspur von Reichenau bis Flims finanziert und auch ausgebaut werden können. Wenn wir die jetzige Strasse entlasten könnten, würden wir auch Unterhaltskosten einsparen. Die Wirtschaft der Surselva ist in die Talsohle gerutscht und wird sich nicht mehr so schnell erholen. Mit dieser Verbindung leiden Tourismusunternehmungen und nicht zuletzt die etwa 22'000 Einwohner der Surselva. Ich hoffe, dass diese Interpellation die Regierung anregt, Planungs- und Ausbaukonzepte zu erstellen, sodass die Surselva wenigstens Prioritäten setzen kann, wenn nach der ominösen Zeitberechnung der Regierung längerfristig nicht Gelder zur Verfügung stehen.

*Cathomas:* Die knappen finanziellen Mittel und Ressourcen des Kantons, lassen gemäss Antwort der Regierung für die

kommenden Jahre, die Inangriffnahme neuer Ausbauprojekte nicht zu. Mit dieser Begründung lehnt die Regierung die Planung und die Realisierung, der in der Interpellation Dermont ausgesprochenen oder angesprochenen Kriechspur zwischen Reichenau und Ilanz ab. Die Argumentation der fehlenden finanziellen Mittel ist stichhaltig und der Spielraum der Aktivitäten liegt tatsächlich nur in der Festsetzung der jeweiligen Prioritäten. Die Basiserschliessung ist und bleibt für jede Randregion die Grundvoraussetzung jeder dauerhaften Entwicklung. Der Gemeindeverband Surselva hat sowohl im Entwicklungskonzept 1975 als auch im regionalen Verkehrskonzept 1989 Lösungen aufgezeigt, wie die äussere Erschliessung der Surselva zweckmässig verbessert werden könnte. Im Richtplanvorhaben „Äussere Erschliessung der Surselva für den Personenverkehr“, welches am 18. Januar 1994 von der Regierung genehmigt wurde, ist das entsprechende Konzept sowie die Tätigkeiten und das weitere Vorgehen festgehalten. Unter Berücksichtigung der Grundsätze: Erhöhung der Sicherheit, Erhöhung der Leistungsfähigkeit, Verkürzung der Reisezeiten und Verbesserung des Reisekomforts wird die Ausarbeitung eines Konzeptes über den Ausbau der gesamten Strecke Ilanz, Laax, Flims und Tamins als Zwischenziel gesetzt. Gleichzeitig wird auf Grund dieses Konzeptes ein Entscheid über die langfristigen Massnahmen nach dem Bau der Umfahrung Flims vorgesehen. Als verantwortliche Stelle für die Konzeptarbeit ist das Tiefbauamt vorgesehen und als Terminierung wird die Stufe kurzfristig, das heisst nur bis zehn Jahre veranschlagt. Seit der Genehmigung des erwähnten Richtplanes sind nun bald die im Terminplan vorgegebenen zehn Jahre vorbei und im Zusammenhang mit der Interpellation Dermont zwingt sich nun die Frage auf, ob die im Richtplanvorhaben als „Festsetzung“ vorgesehenen Massnahmen: Konzeption über den Ausbau der Strecke Ilanz, Laax, Flims, Tamins in der Zwischenzeit überhaupt ausgearbeitet worden sind. Wenn dies geschehen ist, dann stelle ich die Frage: Was sieht das Konzept für Massnahmen vor? Wenn das Konzept jedoch noch nicht erarbeitet worden ist, dann möchte ich wissen, wer oder welche Instanz für die Auslösung dieses Verfahrens zuständig ist? Wenn die finanziellen Mittel zur Zeit auch nur einen kleinen Spielraum offen lassen, wäre es für die Regierung trotzdem sehr sinnvoll und nützlich zu wissen, was, wann und wo realisiert wird.

*Looser:* Ich bin eigentlich mit der Antwort der Regierung zufrieden, weil sie eben eine Kriechspur auf dieser Strasse ablehnt. Es ist natürlich legitim für die Grossräte aus der Surselva, sich für eine unnötige Luxusvariante einzusetzen, obwohl ja eigentlich gar keine Wahlen vor der Tür stehen. Es geht für mich nur darum, diese Kriechspur zu verlangen, damit die Autos wieder besser und ohne Hindernisse in die Surselva fahren können. Ob diese Kriechspur für Lkws und Busse zur Förderung der Attraktivität für den Tourismus in der Surselva beitragen kann, wage ich zu bezweifeln. Man kann natürlich nicht gleichzeitig vom Kanton Geld verlangen und auf der anderen Seite dem Kanton Gelder entziehen, die für den Strassenbau bestimmt wären. Ich finde diese Haltung ein bisschen egoistisch, wenn man weiss, wie viele Talschaften auf eine bessere und vor allem eine sichere Erschliessungsstrasse warten müssen. Gleichzeitig möchte ich doch auch hier einmal wieder sagen: Wer Strassen sät erntet eben noch mehr Verkehr.

*Montalta:* Ich habe diese Interpellation mitunterzeichnet im Wissen, dass eine dritte Spur in die Surselva baulich und finanziell in den nächsten Jahren nicht realisiert werden kann.

Demgegenüber stellt sich aber die Frage, warum das Tiefbauamt sich der Problematik des Schwerverkehrs, natürlich auch des Tourismusverkehrs, wie Busse, Wohnmobile etc. bei den Projektierungen zu wenig Beachtung schenkt. Ich komme auf den Tunnel Trin zu sprechen. Vor der Einfahrt in den Tunnel wäre genug Platz vorhanden, um eine Ausweichstelle für LKW, Busse usw. zu bauen. Es wurde aber beim Bau nur eine Nothaltestelle realisiert, welche als Ausweichstelle ungenügend ist. Es könnte an dieser Stelle mit geringen finanziellen Mitteln Abhilfe geschaffen werden. Beim Tunnel Flims ist eine Ausweichstelle am Ende des Tunnels in Richtung Surselva vorgesehen. Heute werden die Posthaltestellen als Ausstellplätze benutzt. Diese sind aber nicht für diesen Zweck erstellt worden und dementsprechend nur beschränkt geeignet.

*Parolini:* Ich habe grundsätzlich grosses Verständnis für das Anliegen von Grossrat Dermont. Auf Grund des grossen Verkehrsaufkommens auf der Oberländerstrasse zwischen Reichenau und Ilanz, aber auch auf Grund der grossen Steigungen auf diesem Abschnitt kommt es sicherlich immer wieder zu Staus, welche vor allem durch Lkws und Busse verursacht werden. Das Erstellen einer Kriechspur auf gewissen Streckenabschnitten wäre sicher eine mögliche Lösung dieses Problems. Dieses Anliegen ist daher wünschbar, aber wie wir es alle wissen, und das haben wir auch während dieser Session gehört, es ist kaum finanzierbar. Ich frage mich deshalb, ob es wirklich angebracht ist, mit diesem Anliegen jetzt zu kommen, obwohl es an sich erst langfristig erwartet wird, dass es dann auch umgesetzt wird. Wir haben noch einige Regionen, und das wissen wir alle, die auf einigermaßen gut befahrbare Strassen warten. Ich nenne keine Namen von Regionen. Wir wissen alle, um was für Regionen es sich handelt. Es gibt auch in der Surselva einige Talschaften, die auf bessere Strassen warten. Ich denke an das Lugnez oder an das Tujetsch. Es ist wirklich die Frage, was mit Priorität behandelt werden soll. Ich glaube kaum, dass eine Kriechspur auf gewissen Abschnitten zwischen Reichenau und Ilanz zu diesen prioritären Bauten gehören können. Ich unterstütze die Anregung von Grossratskollege Montalta. Es wäre sinnvoller über Ausweichstellen zu reden. Es gibt sicher mehrere Orte, wo mit wenig finanziellem Aufwand einige Ausweichstellen eingerichtet werden können. Dann können die LKW-Fahrer und die Busfahrer, die vernünftig handeln, dort ausweichen und die Kolonne, die sich hinter ihnen gebildet hat, kann vorbeiziehen. In diesem Sinne hoffe ich, dass solche Anliegen wirklich, ich sage jetzt mittelfristig, nicht realisiert werden.

*Schütz:* Wir haben im Grossen Rat schon verschiedentlich das Steuergesetz revidiert. Dabei haben wir verschiedentlich auch Steuerausfälle zur Kenntnis genommen. Ich gehe davon aus, dass man bei diesen Entscheidungen im Grossen Rat die Auswirkungen der Steuergesetzrevisionen wohl überlegt hat. Was wir heute hier präsentiert bekommen, ist letztlich auch eine Auswirkung unserer Debatte über die Kürzung der Steuereinnahmen. Ich danke der Regierung für diese Antwort. Ich denke, sie entspricht dem Willen des Grossen Rates, Steuersenkungen vorzunehmen und letztlich auch in einem gewissen Sinn die Finanzen knapp zu halten. Mehr Verkehr, und daran möchte ich hier auch erinnern, bedeutet nicht nur Gewinn der Lebensqualität, sondern kann auch eine Verminderung der Lebensqualität bedeuten. Denken wir an den Durchgangsverkehr. Mehr Emissionen, mehr Verkehr bedeutet auch eine Verschlechterung der Lebensqualität. Wir

wissen was der Verkehr mit sich bringt. Er bringt nicht nur Gesundheit, er bringt auch sehr viel Ungesundheit in unsere Bevölkerung. Krankheiten sind im Vormarsch. Ich höre immer wieder von zunehmenden Asthmaerkrankungen. Ich denke, das ist ein Bestandteil des immer zunehmenden Verkehrs. Ich danke der Regierung noch einmal für die gute Antwort.

*Heinz:* Es kommt mir ein bisschen so vor, wie wenn wir in dieser dunklen Winterzeit an einem Kaminfeuer sitzen würden. Nein, ich meine, ich kann mit meinen Vorrednern zum Teil einig gehen. Passen wir aber doch auf. Wir haben so viele Talschaften in diesem Kanton, die eben auch noch sanierungs- und unterhaltsbedürftige Strassen haben. Darum müssen wir aufpassen, dass wir da nicht etwas zu viel mit den Muskeln spielen. Ich bin überzeugt, dass die Regierung das macht, was sie mit den vorhandenen finanziellen Mitteln machen kann. Geben wir ihr mehr Mittel und sie wird mehr für den Strassenbau und den Strassenunterhalt machen.

*Regierungsrat Engler:* Wir haben über die Strassen, über den notwendigen Unterhalt und über den Ausbau in den vergangenen Sessionen schon wiederholt diskutieren können. Wir haben verschiedene Vorstösse dazu beantwortet und auf die Notwendigkeit und die Bedeutung eines gut unterhaltenen und gut ausgebauten Strassennetzes im Kanton hingewiesen. Ich bin froh, dass Grossrat Dermont und mit ihm auch die übrigen Vertreter aus der Surselva anerkennen, dass nicht nichts in den vergangenen Jahren in der Surselva geschehen ist. Er hat die Umfahrung von Trin erwähnt, er hat auch die im Bau befindliche Grossumfahrung von Flims erwähnt. Beide Umfahrungen haben mehrere 100 Millionen Franken gekostet. Wir werden auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten genau gleich, wie wir das auf anderen Basisschliessungen auch tun, in der Surselva und auch in der Oberalpstrasse kontinuierlich investieren, nämlich dort wo es nötig und dort wo es sinnvoll ist.

Dann aber, haben Sie sich unverstanden gefühlt. Sie haben gesagt, es sei für Sie nicht erklärbar und völlig unverständlich, wie die Regierung dazu kommen könne, eine solche Antwort auf diese Interpellation zu geben, nämlich dass auch längerfristig nicht an eine Kriechspur zu denken sei. Es bestätigt sich hier einmal mehr: Nein sagen schafft zwar Klarheit, aber wenig Freude. Auch bei Ihnen löst das verständlicherweise nicht sehr viel Freude aus, wenn wir eine offene, klare Antwort auf eine klare Frage gegeben haben.

Ob wir das Kosten-Nutzenverhältnis bei unseren Investitionen überlegen? Grossrat Dermont, die im Moment zur Verfügung stehenden Mittel lassen gar nicht zu, solche Überlegungen auch nur anzustellen. Wir setzen Prioritäten. Diese Prioritäten beginnen ganz klar bei den Naturgefahren. Wir wollen die Verkehrsträger vor Naturgefahren schützen um wo immer möglich, die Verbindung über das ganze Jahr zu erhalten. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Talschaften nennen, welche die Sicherheit nicht haben, ganzjährig erreicht werden zu können, wie zum Beispiel das Bergell, Samnaun. Es gäbe noch weitere Beispiele, die hier genannt werden könnten. Die zweite Priorität beim Strassenausbau sind die Immissionen. Wir wollen die Bevölkerung vor den schädlichen Immissionen des Strassenverkehrs schützen. Und hierfür dienen die Umfahrungsprojekte; Flims wurde genannt, Klosters wäre ein zweites Beispiel und die Umfahrung Saas wäre im Ausbaubereich das dritte Beispiel.

Erst ganz zum Schluss kommen Kapazitätserweiterungen. Die Kapazitätserweiterungen haben wir erst am Schluss der

Prioritätenhierarchie und zwar aus dem einzigen Grund, weil wir erst dann erweitern können, wenn noch Mittel vorhanden sind, die dann nicht auch noch für den Unterhalt gebraucht werden. Die Möglichkeiten in die Strassenkapazität zu investieren und damit das bestehende Strassennetz zu erweitern sind also beschränkt. Deshalb ist die Antwort auch so klar ausgefallen. Ich wollte bei Ihnen keine falschen Hoffnungen wecken, wir wären in der Lage, ganz rasch in dieser Beziehung etwas zu tun. Wenn Grossrat Caviezel dann die ominöse Zeitrechnung, beziehungsweise die Vorstellungen des Baudirektors über Kurz- und Langfristigkeit anspricht, so bedeutet für mich langfristig ein Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren. Innerhalb dieser Zeit kommt eine Kriechspur für uns ins Oberland jedenfalls nicht in Frage, ohnehin nicht bis zum Abschluss der Grossbaustelle in Flims. Grossrat Cathomas, welcher Konzepte für eine umfassende Basisschliessung der Surselva verlangt, kann ich folgendes sagen. Ich bin Ihnen dankbar, Grossrat Cathomas, wenn Sie auch in Ihrer Funktion als Präsident des Gemeindeverbandes Surselva intern einmal diese Prioritäten mit den Vertretern der einzelnen Talschaften – die Surselva ist ein langes Gebiet – diskutieren. Und ich bin sehr offen dafür, dann mit Ihnen zusammen, die zeitliche Staffelung der weiteren Ausbauvorhaben auf der gesamten Oberalpstrasse zu besprechen und wo möglich auch das mit Ihnen zu vereinbaren. Ich habe das auch mit anderen Talschaften so gemacht. Dort wo Einigkeit über die Priorität herrscht, das hat selbstverständlich auch mit Verzicht zu tun, dort kann es schneller gelingen, ein Ausbauvorhaben zu verwirklichen als anderswo, wo innerhalb der Talschaft noch grosse Uneinigkeit und mangelnder Konsens herrscht. Ich bin offen dafür, mit Ihnen, im Hinblick auf den Abschluss der Umfahrungsarbeiten in Flims, die weiteren Schritte, wie der Ausbau der Oberalpstrasse geschehen könnte, zu besprechen. Ich nehme die Anregung von Grossrat Montalta gerne auf. Sie schliesst sich übrigens dem Vorstoss von Grossrat Claus an, der für den Schwerverkehr Ausweichstellen auf unseren Bergstrecken, vor allem bei den Hauptstrassen, verlangt. Wir haben damit begonnen, solche Ausweichstellen zu signalisieren, und wo das mit einfachen baulichen Mitteln und Möglichkeiten der Fall ist, auch einzurichten. Ich denke, dass hier auch ein erster Ansatz wäre, der Forderung von Grossrat Dermont entgegen zu kommen, wenn wir wo das punktuell möglich ist, auch solche Verbesserungen avisieren. Das einige Überlegungen zu den aufgeworfenen Fragen. Sie haben dann rasch gesehen, liebe Grossräte aus der Surselva, dass auch die anderen Regionen reagieren, wenn Ausbauwünsche präsentiert werden. Das ist eben die Kunst der Regierung und auch des Baudepartementes, nach den Bedürfnissen und vor allem auch nach einem gewissen Ausgleich unter den Regionen die Vorhaben aufeinander abzustimmen.

### **Interpellation Frigg betreffend Regularisierung der Sans-papiers**

(Wortlaut Oktoberprotokoll, Seite 182)

#### *Schriftlicher Bericht der Regierung*

Die Bewegung der Sans-papiers nahm ihren Anfang im Frühjahr 2001 im Kanton Freiburg, wo zahlreiche Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung eine Kirche besetzten und damit einerseits auf ihre unbefriedigende rechtliche Situation aufmerksam machten und andererseits die

Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung zum dauernden Verbleib in der Schweiz forderten. Aufgrund der starken Beachtung dieser Aktionen in den Medien entstanden – vornehmlich in der Westschweiz – weitere ähnliche Aktionen mit gleichlautenden Forderungen. Als Sans-papiers gelten Personen ausländischer Herkunft, denen nach ihrer Einreise entweder eine Aufenthaltsbewilligung verweigert (z. B. infolge Ablehnung des Asylgesuches oder Nichterfüllen der Bewilligungsvoraussetzungen) oder entzogen (z. B. wegen Delinquenz) bzw. nicht verlängert wurde (z. B. infolge Dahinfallen der Bewilligungsvoraussetzungen). Als Sans-papiers gelten aber auch all jene Personen, die sich seit langem ohne Bewilligung in den einzelnen Kantonen aufhalten und einer unregelmässigen Arbeit nachgehen. Über die konkrete Anzahl der Sans-papiers herrschen unterschiedliche Auffassungen; während die einschlägigen Unterstützungskomitees von einigen Hunderttausenden sprechen, beziffert die Eidgenössische Ausländerkommission die Zahl der Sans-papiers auf Tausende oder Zehntausende.

Die Problematik der Sans-papiers ist nicht neu. Der Bundesrat hatte wiederholt Gelegenheit darzulegen, weshalb er eine generelle Amnestie für rechtswidrig anwesende Personen in der Schweiz ablehnt. Gleichzeitig hat der Bund jedoch wiederholt betont, dass er auf Antrag der Kantone bereit sei, in begründeten Einzelfällen für Lösungen Hand zu bieten, welche den konkreten Umständen des Einzelfalls Rechnung tragen.

Zu den Fragen der Interpellanten:

- Über die Zahl der Sans-papiers, die sich im Kanton Graubünden aufhalten, bestehen ebenfalls keine gefestigten Angaben. Die Fremdenpolizei des Kantons Graubünden schätzt jedoch die Zahl der illegal anwesenden Ausländer sehr gering ein. Da sich derzeit im Kanton Graubünden nur gerade neun Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisung aufhalten, die mangels Reisedokumente auch nicht ausser Landes gebracht werden können, dürfte die Zahl der Sans-papiers unter Berücksichtigung der illegal anwesenden Personen nach Schätzungen der Regierung zwei Dutzend Personen nicht übersteigen.
- Der Bundesrat hat wiederholt festgehalten, dass er nicht gewillt ist, für die Sans-papiers eine kollektive Regelung zu treffen. Die Regierung teilt die Auffassung des Bundesrates. Eine kollektive, schematische Aufnahme aller Papierlosen wäre nämlich nicht zuletzt aus rechtsstaatlichen Erwägungen fragwürdig und würde Ungerechtigkeiten mit sich bringen. Dem Bundesrat und der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) ist darin beizupflichten, dass Ziel der Politik – namentlich auch im Interesse der betroffenen Menschen – sein muss, im Rahmen des geltenden Rechts kurzfristig die Zahl von Sans-papiers zu senken und für die Zukunft so gering wie möglich zu halten. Härtefälle sollen aufgrund einer Einzelfallprüfung beurteilt werden. In diesem einschränkenden Sinne ist die Regierung bereit, die Politik des Bundesrates für eine Verbesserung der Situation der Sans-papiers zu unterstützen.

*Frigg:* Ich bin mit der Antwort der Regierung nicht ganz zufrieden. Zwei Drittel der Sans-Papiers hatten einmal eine Aufenthaltsbewilligung. Ein Drittel sind abgewiesene Asylsuchende. Ein grosser Teil arbeitet, bezahlt sogar Steuern und leistet Sozialabgaben. Ein anderer Teil arbeitet schwarz. Diese Leute sind keine Kriminellen. Es sind Frauen und Männer, die hart arbeiten und die verschiedensten Tätigkeiten in den unteren Sparten in der Landwirtschaft, im Gast-

und Baugewerbe verrichten. Die meisten Bewohner unseres Landes wollen diese Arbeit nicht übernehmen. Es ist leicht vorstellbar, dass solche Personen ausgebeutet werden. Ihre Bedingungen sind unserer Gesellschaft unwürdig, wie zum Beispiel schlechte Löhne, nicht endende Arbeitstage, nicht vorhandene soziale Sicherheit. Zu allem haben sie keine Möglichkeit, sich gegen jede Form von Ausbeutung zu wehren. Diese Leute sind aber auch Konsumenten. Sie geben ihr Geld bei uns aus. Auch dieses Geld hat seine wirtschaftliche Bedeutung. Für diese Zustände müssen wir eine Regelung finden, wodurch diese Betroffenen wieder ein menschenwürdiges Leben führen können und Aussichten auf eine Zukunft haben. Der Vorschlag des Bundes, Härtefälle aufgrund einer Einzelfallprüfung zu beurteilen, bagatellisiert das Problem. Die Regularisierung hat bereits in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Deutschland und Belgien stattgefunden. Dies zeigt, dass auch die Schweiz die Sans-Papiers nicht länger ignorieren kann. Ich erwarte, dass man nicht nur die Härtefälle, sondern alle Fälle neu beurteilt und grosszügige Lösungen für diese menschenunwürdige Situation findet. Dafür soll sich die Regierung einsetzen.

*Antrag Brüesch*

Diskussion

*Abstimmung*

Für Diskussion

43 Stimmen

Dagegen

0 Stimmen

*Brüesch:* Die grundsätzlichen menschlichen Probleme der Sans-Papiers, insbesondere auch die Ausbeutung durch skrupellose Arbeitgeber, wie das Kollegin Frigg erwähnt hat, sind in der Tat unerfreulich. In diesem Punkt anerkenne ich das Anliegen der Interpellanten. Indessen muss man sich vor Augen führen, dass die Mehrheit der den Behörden bekannten papierlosen Ausländer jederzeit freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren könnte. Durch die Verheimlichung der wahren Identität und der absichtlichen Nichtkooperation mit den Behörden vereiteln sie bewusst die Beschaffung gültiger heimatlicher Papiere und somit die Zwangsrückführung. Abgesehen von der bisher unproblematischen Situation in Graubünden, ergibt sich für unseren Kanton weder ein innerkantonaler Handlungsbedarf noch eine Rechtfertigung auf nationaler Ebene. Dass aber diesbezüglich in Graubünden die Probleme verhältnismässig moderat sind, ist nicht zuletzt auf die konsequente Haltung und Praxis der Fremdenpolizei zurückzuführen. Ich denke, dies muss auch einmal gesagt werden. Ich denke, es wäre wohl einmal an der Zeit, der Fremdenpolizei dafür auch einmal Danke zu sagen. Sie macht sich unbeliebt, sie beugt dadurch aber nicht zuletzt ausländischerfeindlichen Strömungen vor. Wir haben Beispiele genug aus anderen Kantonen, welche ihre Vollzugsaufgaben nur unzureichend wahrnehmen, wo sich daher erschreckende ausländischerfeindliche und rassistische Entwicklungen ergeben haben und ergeben. Dass sich eben in gewissen anderen Kantonen offenbar eine grössere Zahl illegaler Ausländer aufhält, ist nämlich ganz offensichtlich auf mangelnden Durchsetzungswillen dieser Kantone beim Vollzug beziehungsweise bei der Anwendung von Zwangsmassnahmen zurückzuführen. Durchsetzung einer demokratischen Gesetzgebung ist auch Rechtsstaat. Nicht aber die Legalisierung faktischer Situationen, welche nicht zuletzt durch larsche Handhabungen der Anwendung der Ausländergesetzgebung entstanden ist. Würde, wie das die Interpellanten fordern und wie das auch auf nationaler Ebene teilweise gefordert wird, eine generelle

Amnestie für rechtswidrig anwesende Personen in der Schweiz erfolgen, dann könnten wir getrost die Fremdenpolizei abschaffen aber auch die Grenzen fallen lassen. Dann könnten wir nämlich sehr viel sparen. Die ganze Differenzierung in den Anwesenheitsregelungen würden dann nämlich illusorisch und sinnlos. Ob die Folgen dann aber dem Wunsch und dem Willen, selbst der Wählerinnen und Wähler der Partei von Kollegin Frigg entsprechen würden, wage ich zu bezweifeln. Dies mache ich, ohne mich selbst schlussendlich in SP-interne Angelegenheiten einmischen zu wollen. Zu dieser Auffassung einer Ablehnung in einer generellen Amnestie und dementsprechend zur Auffassung der Regierung und des Bundesrates sind im übrigen zwischenzeitlich sämtliche Kantone gekommen. Sprachen sich nämlich die Vertreter der Kantone an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren vom 8./9. November dieses Jahres einstimmig für die Politik des Bundesrates aus. Sie lehnten damit eine allgemeine Amnestie oder die Schaffung eines besonderen Kontingents für illegal anwesende Ausländerinnen und Ausländer ab. Es ist einigermaßen verwunderlich, und daher auch der Antrag auf Diskussion, wenn man in der Zeitung von gestern der Berichterstattung über die Kundgebung in Bern den Forderungskatalog entnehmen kann. Sie haben das gelesen. Ich erlaube mir, diesen Forderungskatalog zu zitieren: „Mit der Kundgebung sollte für eine kollektive Regularisierung der Sans-Papiers, für einen sofortigen Stopp der Ausschaffungen, für einen Mindestlohn von 3'000.– Franken, für eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen sowie gegen den neuen Entwurf des Ausländergesetzes demonstriert werden.“

Nun es gibt zweifellos stossende und geradezu tragische Fälle. Jedes Einzelschicksal rührt dann das Herz. Aber das kann uns nicht dazu verleiten, eine Lösung in einer kollektiven Regularisierung zu sehen, welche eben keine Lösung ist. Man kann die Kriminalität auch nicht dadurch lösen, indem man das Strafgesetzbuch abschafft. Es ist daher zweifellos richtig, im Einzelfall Härtefallregelungen zu prüfen. Niemand kann selbstverständlich etwas gegen eine derartige Härtefallregelung haben. Die Frage der Mindestlöhne und der Arbeitsbedingungen, welche auch in dieses Gebiet fallen, nämlich in das Gebiet der Schwarzarbeit. Bezüglich der Schwarzarbeit darf ich Sie daran erinnern, dass wir in diesem Rat bereits früher über die Schwarzarbeit gesprochen haben, nämlich im Anschluss an eine Interpellation Locher 1990 und dann wiederum 1999 im Anschluss an eine Interpellation Bertogg. Im Rahmen jener Diskussion wurde bereits festgestellt, dass bezüglich der Kontrolle der Schwarzarbeit, die entsprechenden Kontrollorgane zu wenig bestückt seien. Es bleibt daher zu hoffen, dass die Interpellanten gegebenenfalls eine Erhöhung der Mittel für die Fremdenpolizei und für das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit zur Bekämpfung der Schwarzarbeit unterstützen, allenfalls auch zur Regelung oder einzelfallweisen Überführung in legale Arbeitsverhältnisse. Ich denke dies wäre eine Massnahme im Interesse der Werk tätigen, jedoch insbesondere auch im Interesse ausgebeuteterer Sans-Papiers.

*Regierungsrat Engler:* Die Interpellation von Grossrätin Frigg verlangt klare Regelungen für die Sans-Papiers, um sie aus einer menschenunwürdigen Situation zu befreien. Die Interpellanten glauben, in der kollektiven Regularisierung, die menschenrechtskonforme Lösung der Sans-Papiers zu finden. Die Sans-Papiers, das wurde von Grossrat Brüesch gesagt, haben in den letzten Wochen und Monaten in diesem Land auf sich aufmerksam gemacht. Der geläufige Begriff

der Sans-Papiers umschreibt aber ganz verschiedene Kategorien papierloser Ausländer. Lassen Sie mich das einmal hier aufzeigen.

Es sind solche, die in der Schweiz einmal über eine Aufenthaltsbewilligung verfügt haben, die ihnen aber entzogen, nicht verlängert oder nicht mehr erteilt wurde oder aber deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Entscheid abgelehnt wurde. Obwohl, die von den Behörden angesetzte Ausreisefrist abgelaufen ist, wollen diese Leute die Schweiz nicht freiwillig verlassen. Sie tauchen unter und halten sich folglich illegal in der Schweiz auf.

Die zweite Kategorie umfasst nun jene Ausländer, die ohne Kenntnis der Behörden in die Schweiz eingereist sind und sich hier untergetaucht und versteckt aufhalten.

Eine dritte Kategorie, die auch unter dem Oberbegriff Sans-Papiers subsummiert wird, bilden jene Personen aus dem Asylbereich, die zur Vereitelung ihrer Ausschaffung die wahre Identität verheimlichen, indem sie den Behörden sämtliche Identitätspapiere vorenthalten.

Es trifft nun durchaus zu, da haben Sie recht Frau Frigg, dass im Einzelfall auch traurige Schicksale damit verbunden sind, wenn Menschen und Familien etwa auf dem Arbeitsmarkt deshalb ausgenutzt werden können weil sie dem Arbeitsmarkt, wegen ihrer Anonymität wehr- und rechtlos gegenüber stehen. Aber hier meine ich auch, wie Grossrat Brüesch, dass eben griffigere Massnahmen gegen die Schwarzarbeit nötig wären, um damit eben die Anzahl der Sans-Papiers erheblich zu senken und dadurch viele tragische Schicksale überhaupt nicht entstehen zu lassen. Es wurde auch gesagt, dass in begründeten Härtefällen schon das heutige bzw. das geltende Recht Ausnahmen zulässt, die den Umständen des Einzelfalls Rechnung tragen sollen. Die gesamthaft gesehen geringe Zahl von papierlosen Ausländern in Graubünden ist im wesentlichen, auch das wurde zu Recht gesagt, darauf zurückzuführen, dass etwa im Unterschied zur Westschweiz, die zuständigen Behörden, das Ausländerrecht konsequenter vollziehen.

Allerdings ist es nicht so einfach zu wissen, wie viele Papierlose sich auch in unserem Kanton aufhalten. Denn wer untergetaucht ist, wer anonym bleiben will, ist ja in der Regel der Behörde auch nicht bekannt. Immerhin lassen regelmässig durchgeführte Anwesenheits-Polizeikontrollen den Schluss zu, dass effektiv eher sehr wenige illegale Ausländer sich bei uns im Kanton aufhalten. Wenn also die Regierung, aus Ihrer Sicht vielleicht herzlos, die Erteilung kollektiver Aufenthaltsbewilligungen, die einer Amnestie gleichkommen verweigert, so tut sie das in erster Linie deshalb, weil dadurch eine stossende Ungleichbehandlung der in der Schweiz um eine Aufenthaltsbewilligung nachsuchenden Ausländer die Folge wäre. Diejenigen, die sich korrekt an die gesetzlichen Bestimmungen halten, sich auch einem negativen Entscheid fügen und ausreisen würden bestraft, jene welche ihre Identität bewusst verheimlichen, würden mit der Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung sogar noch belohnt. Das sind letztlich die Gründe, nämlich Gründe der Rechtsgleichheit, der Rechtssicherheit und der Rechtsstaatlichkeit, die gegen eine kollektive Lösung und eine undifferenzierte Behandlung der verschiedenen Kategorien, die unter dem Begriff Sans-Papiers erfasst werden, sprechen.

**Interpellation Zanolari betreffend bessere Anbindung von Graubünden an die schweizerischen Städte und an**

## das Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen (HGV-Netz)

(Wortlaut Oktoberprotokoll, Seite 174)

### Schriftlicher Bericht der Regierung

Derzeit laufen auf verschiedenen Ebenen die Vorbereitungen für die zweite Etappe von Bahn 2000, für den Anschluss der West- und Ostschweiz an das Hochleistungsnetz der europäischen Bahnen (HGV-Anschlüsse) und für den „Sachplan Schiene“. Diese Grossprojekte des Bundes hat der Kanton zum Anlass genommen, in einer Studie „Zu(g)kunft Graubünden“ (Juli 2001) eine umfassende Gesamtschau über den schienengebundenen öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons Graubünden und auf den wichtigen Zufahrts-Korridoren erarbeiten zu lassen. Diese bildet auch eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des kantonalen Richtplans. Dabei wurde untersucht, wie das Angebot verbessert und welche zusätzlichen Infrastrukturmodule (Ausbauten und Neubaustrecken) dazu benötigt werden.

Mit dem Bau des zweiten unterirdischen Bahnhofes in Zürich und dem neuen Tunnel nach Oerlikon wird die Kapazität des Hauptbahnhofes ab 2012 markant erhöht, was sich sehr positiv auf das gesamte Bahnnetz in der Nordostschweiz auswirkt. Der neue Tiefbahnhof wird auch von Chur her einen Anschluss erhalten und für Direkt-Verbindungen etwa nach Schaffhausen - Stuttgart genutzt werden können. Direktverbindungen nach Basel und Paris oder nach Bern - Genf müssen weiterhin oberirdisch mit einer Spitzkehre erfolgen. Die Kapazitätserweiterung wird aber solche zusätzlichen Direktverbindungen erleichtern. Die Regierung erwartet, dass die SBB auf den Fahrplanwechsel 2004, wie bereits ohne Durchgangsbahnhof geplant, zusätzlich zum InterRegio stündliche InterCity-Züge Zürich - Chur mit einer Fahrzeit von nur noch 72 Minuten einführt, die nach Basel (nonstop oder via Aarau - Liestal) durchgebunden werden. Die Regierung wünscht zudem neue umsteigefreie Verbindungen vom schweizerischen Mittelland (Bern/Biel - Olten) nach Graubünden. Zudem wird sie sich mit dem Kanton St.Gallen dafür einsetzen, dass die letzte Doppelspurücke und Langsamfahrstelle am Walensee (Tiefenwinkel - Mühlehorn) möglichst bis 2006/08 geschlossen wird.

Mit der Direktverbindung Graubünden - Flughafen über das Zürcher Oberland - Effretikon kann Graubünden direkt und umsteigefrei an den Flughafen angebunden werden. Die Route über das Zürcher Oberland ist nicht als Ersatz für die schnelle IC-Verbindung Zürich - Chur vorgesehen, sondern als Zusatzangebot mit Halten an den wichtigeren Bahnhöfen. Die Regierung misst dem weitgehenden Doppelspurausbau und der Geschwindigkeitserhöhung der Linie Sargans (bzw. Weite-Wartau) - St. Margrethen im Hinblick auf schnellere und umsteigefreie Verbindungen von Graubünden in den süddeutschen Raum hohe Priorität zu: Der Anschluss nach Ulm/Augsburg/München ist durch den kürzlichen Beschluss zum Bau der Neubaustrecke Stuttgart - Ulm als Teil einer europäischen Hochleistungsstrecke Wien - München - Strassburg - Paris noch wichtiger geworden. Die Regierung erwartet deshalb, dass der Doppelspurausbau der Strecke St. Margrethen - Weite zulasten des Restkredites BAHN 2000, 1. Etappe (1.5 Mia. Fr.) wie auch aus NEAT-Mitteln bis 2006/08 erfolgt.

*Zanolari:* Io sono soddisfatto di questa risposta comunque ci sono delle persone in sala che vorrebbero intervenire, per cui chiedo la discussione.

### Antrag Zanolari

Diskussion

### Abstimmung

Für Diskussion

60 Stimmen

Dagegen

0 Stimmen

*Zanolari:* Ich bin mit der Antwort der Regierung zufrieden. Ich merke, dass der politische Wille vorhanden ist. Im Bericht „Zu(g)kunft Graubünden“ sind unzählige Vorschläge für die Verbesserung der verschiedenen Anbindungen aufgeführt. Dieser Bericht wurde vor dem Gotthardtunnel-Unfall vorbereitet und ich lese daraus nur ein paar Zeilen: „Der Kanton Graubünden erwartet von den Projekten Bahn 2000, 2. Etappe und Anschluss an das HGV-Netz eine Stärkung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Graubünden. Dazu gehört, dass Graubünden jederzeit und ungehindert erreicht werden kann, und dass Graubünden in Folge der vorausehbaren Staus auf den Strassen vorbereitet wird.“ Es waren also nicht nur Visionen, es waren nicht nur Wünsche, dieser Bericht enthält auch notwendige Anpassungen und konkrete Schritte. Es stellt sich klar heraus, dass Wirtschaftsräume wie Zürich, Bern, Basel für den Kanton Graubünden ausserordentlich wichtig sind. Das gleiche gilt auch im Bezug auf die Anbindung durch das Rheintal nach Deutschland. Warum sind diese Anbindungen sehr sehr wichtig für den Kanton? Ich beziehe mich auf die gestrige Diskussion über den Beitrag an Graubünden Ferien. Da haben wir gespürt, wie die Verbindungswege zunehmend wichtig werden. Im heutigen Konkurrenzkampf in der freien Marktwirtschaft gewinnen je länger je mehr die sogenannten globalen Konzerne. Sie alleine können die ständige Reorganisation, die horizontale Integration von Unternehmen, die Suche nach neuen Märkten, mit Profit bewältigen. Überall herrscht das Motto „gemeinsam sind wir stark“. Somit entstehen immer neue Allianzen, die im globalen Wettbewerb die notwendige Grösse und Schlagkraft verleihen. In Graubünden haben wir in den letzten Jahren mit der Illusion gelebt, dass uns die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in diesem neuen wirtschaftlichen Kontext hätten helfen können, die Hürden der Distanz zu wirtschaftlichen Zentren zu überwinden. Paradoxerweise müssen wir heute leider feststellen, dass die peripheren Gebiete, in der herrschenden Tendenz, in der Zentralisierung in die unangenehme Rolle des Aussenseiters versetzt zu werden drohen. Im heutigen Wettbewerb gewinnt, wer unter anderem über Schiene und Strasse möglichst schnell die grossen Wirtschaftszentren der Schweiz erreicht. Das gleiche gilt auch für die Touristen, die zu uns kommen wollen. Die Pendlerära, die zunehmende Mobilität zeigt uns, wie wichtig es ist, solche Zentren, vor allem Zürich, innerhalb einer Stunde zu erreichen. Die Tagespendler in unserem Kanton müssen heute leider noch beschwerlichere Reisen auf sich nehmen, um z.B. Zürich zu erreichen. Sie brauchen bei der besten Verbindung eines Intercity eine Stunde und 15 oder 20 Minuten. Der Haken ist, dass diese Verbindungen nur sehr spärlich über den Tag verteilt sind. Zu den Stosszeiten hingegen verkehren die Interregionalen Züge, welche die selbe Strecke in einer Stunde und 40 Minuten zurücklegen. Diese Tatsache trägt keinesfalls zur Standortqualität Graubündens bei, mit der Folge, dass sich die Bündner Pendler meistens für einen Wohnortwechsel entscheiden. Anders würde es sich bei optimaleren Verkehrsbedingungen verhalten, bei denen wichtige Zentren innerhalb kürzester Zeit mittels öffentlicher Verkehrsmittel erreichbar

wären. Dies hätte den grossen Vorteil, dass die Pendler auch weiterhin in Graubünden wohnen würden. Zusätzlich würde so mancher Innerschweizer sich in unserem Kanton niederlassen, weil die Lebensqualität hier in jeder Hinsicht sehr hoch ist. Nicht zu vergessen, es wäre ein riesiger Vorteil für den Tourismus und im Allgemeinen für unsere Wirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die logistischen Hürden Graubündens abgebaut werden, dies zur Verkleinerung der Distanzen und somit zur Vermeidung der Rolle des Aussen-seiters.

*Tuor:* Ich kann mich insofern den Worten des Interpellanten anschliessen, als dass die Antwort der Regierung auch mich befriedigt hat. Die Antwort zeigt auch klar auf, dass grosse und wichtige Arbeit im Bau-, Forst- und Verkehrsdepartement geleistet worden ist. Der Kanton Graubünden ist nun auf Grund seiner peripheren Lage wirklich auf gute und vor allem auf schnelle Verbindungen mit den Wirtschaftszentren angewiesen. Diese Verbindungen stärken auch den Wirtschaftsstandort Graubünden. Grossratskollege Zanolari hat dies eingehend erläutert. Bei aller Befriedigung über die Antwort fehlt mir jedoch noch der Hinweis auf die Idee oder Vision der Tunnelstation Sedrun im Rahmen des Projektes Alptransit. Gemäss dem am 6. Oktober 2000 vom Nationalrat überwiesenen Postulat Gadiant, ist der Bundesrat beauftragt worden, die im Gotthardbasistunnel vorgesehene Not-haltestelle Sedrun so zu konzipieren, dass eine permanente Umsteigestation für die Surselva geschaffen werden kann. Die Regierung hat in der Maisession dieses Jahres auch das Postulat Berther entgegengenommen und sich bereit erklärt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die Abklärungen zu Machbarkeit zu unterstützen. Mit dieser Umsteigestation könnte nicht nur für die Region, sondern letztlich für den ganzen Kanton ein innovatives und markantes Zeichen gesetzt werden. Der ganze Kanton würde durch die mit dem Projekt massiv erhöhte Erreichbarkeit eine beträchtliche touristische Aufwertung erfahren. Ich bin mir durchaus bewusst, dass dieses Projekt noch als Vision zu betrachten ist, trotzdem darf es nicht als utopisch in die Ecke gestellt werden. Auch hier im Grossen Rat sind immer wieder Voten zu hören, die eine gewisse Lethargie unserem Kanton gegenüber aussprechen und der Mangel an Bereitschaft zu aussergewöhnlichen Leistungen und ausserordentlichen Projekten anprangen. So darf ich z.B. unseren alt Standespräsidenten zitieren, der anlässlich der Eröffnungssitzung vom 29. Mai dieses Jahres gesagt hat: „Graubünden braucht wieder vermehrt Träumer, aus Träumen werden Visionen und aus Visionen wirkliche Projekte. Wir müssen wieder Ziele verfolgen, an denen wir auch scheitern können. Wenn wir nur noch das anpacken, was sicher zum kurzfristigen Erfolg führt, so machen wir das was andere auch tun und das reicht für Graubünden nicht aus, um gegebene Standortnachteile zu überwinden“. Es erscheint mir deshalb wichtig, dass das Projekt „Porta Alpina“ seitens der Regierung ebenfalls mit Vehemenz vertreten und verfochten wird. Wenn diese politische Willensäusserung nämlich nicht vorliegt, ist dieses Projekt, oder wenn sie wollen, diese Vision bereits zum vorneherein gescheitert und das wäre wirklich jammerschade. Sie passt übrigens ausgezeichnet in die Bestrebungen zur allgemeinen, zur besseren Anbindung von Graubünden an die schweizerischen Städte und vor allem an das Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen.

*Tremp:* Ich befasse mich im vorliegenden Fall weniger mit Visionen, als mit einem kleinen aber durchaus ärgerlichen Anliegen. Ich bin weitestgehend mit der Antwort der Regie-

rung einverstanden bis auf einen Punkt. Ich zitiere auf Seite 2: „Zudem wird sie sich mit dem Kanton St. Gallen dafür einsetzen, dass die letzte Doppelspurlücke und Langsamfahrstelle am Walensee möglichst bis 2006/08 geschlossen wird.“ Ich bin mir durchaus bewusst, wie schwierig es ist, auf einer bestehenden Linie eine Erweiterung vorzunehmen, insbesondere in einem Gebiet das technisch, topografisch alles andere als einfach ist. Allerdings habe ich gewisse Zweifel, ob der Kanton St. Gallen dasjenige Interesse hat, wie der Kanton Graubünden, genau diese Strecke auszubauen, wenn ich mir vorstelle, dass der Kanton St. Gallen durchaus andere wesentlich wichtigere und entscheidendere Linien hat. Immerhin gilt es festzustellen, dass der Bahnhof Chur sich zur Zeit im Umbau und in der Erweiterungsphase befindet. Das ist ein Bauvorhaben von etwa 130 Millionen Franken, welches bis zum Fahrplanwechsel 2004 beendet sein sollte. Damit haben wir endlich das erreicht, auf das wir alle zumindest hier in Chur und wahrscheinlich viele Gäste schon lange hofften, nämlich endlich einen anständigen Bahnhof zu bekommen. Mit einer Ausnahme. Für all diejenigen Gäste welche aus Richtung Zürich nach Graubünden fahren, ist diese Langsamfahrstelle entlang dem Walensee nach wie vor ein Ärgernis. Ich appelliere hier an die Regierung, dass sie sich dafür vehement einsetzt, auch gegenüber der SBB, zusammen mit dem Kanton St. Gallen, dass eben diese genannte Ärgerstrecke nicht erst im Jahr 2006/08 beendet sein wird, sondern bereits auf den Fahrplanwechsel 2004.

*Trepp:* Die SP Fraktion unterstützt die Bemühungen der Regierung Graubünden besser an das Hochgeschwindigkeitsnetz anzuschliessen. Dieser Herbst hat gezeigt, dass der Zug als öffentliches Verkehrsmittel im europäischen Raum über mittlere Distanzen wieder an Bedeutung gewonnen hat. Wichtig ist, dass das Angebot ständig verbessert wird. Nur so kann die Bahn konkurrenzfähig bleiben. Das heisst aber auch, dass Investitionen sowohl in Rollmaterial, Schiene als auch in die Logistik getätigt werden. Im Bereiche bis etwa 1'000 Kilometer ist die Bahn oft bequemer und schneller, wenn man die Anreise und die Wartezeiten am Flughafen mitberücksichtigt. Abgesehen davon ist die Schiene um einiges umweltfreundlicher. Gerade für den Tourismus, speziell für den Winter- und den Hoteltourismus ist es entscheidend, wie bequem, rasch und preislich konkurrenzfähig die Verbindungen angeboten werden können. Hier gilt es, neben den eigenen Anstrengungen, vermehrt Druck in Bern auszuüben. Wenn wir uns nicht sputen, wird unsere Ferienecke sonst noch weiter in die Ecke gedrängt werden.

*Zinsli:* Ich habe zwei Punkte. Erstens: Ich möchte auf das Votum von Roland Tremp eingehen, wo er die Forderung für diese rasche Verbesserung am Walensee stellt. Das ist sehr wichtig, aber man muss natürlich wissen, dass das ganze Konzept Bahn 2000 unmittelbar mit dem Bahnhof Chur zusammengehangen hat. Die SBB haben immer wieder gestürmt und gesagt, wenn das Thema Chur nicht gelöst ist, dann laufen uns die Gelder für diese Strecke Zürich-Chur weg. Da wird ja einiges investiert. Es hat sehr viel an Chur gelegen, dass man da nicht weiter gekommen ist, und deshalb etwas warten muss. Ich glaube, da wird Regierungsrat Engler dann noch eine Antwort geben.

Zweitens: Die Studie die der Kanton gemacht hat „Zu(g)kunft Graubünden“ finde ich gut. Ich finde es auch gut, dass diese Studie gemacht wurde. Für mich stellt sich nur die Frage, wie realistisch die einzelnen Vorschläge darin sind. Man muss natürlich schauen, welche Varianten sinnvoll

sind und modern gesprochen, auch einen sogenannten Businessplan erstellen. Was mir immer wieder fehlt, bei all diesen Projekten, ist eine Verbindung unserer sehr touristisch ausgebauten, oder sehr touristisch geprägten Rhätischen Bahn ins Fürstentum Lichtenstein. Wenn man in der Zeitung lesen musste, dass der „Wienerwalzer“ neustens über Bregenz geführt werden soll, dann merken wir schnell, dass das eine Abnabelung für Graubünden wäre. Bisher wurde dieser Zug über Sargans geführt. Ich meine auch, dass der Kanton, zusammen mit den Betroffenen in St. Gallen, sich da wahrscheinlich vehement dagegen wehren muss. Wenn wir diesen Anschluss auch noch verlieren, und dieser nicht besser ausgebaut wird, wäre das für uns ein Schaden, wie das auch Grossrat Trepp gesagt hat. Er entpuppt sich auch als Touristiker, nicht nur als Geschossspezialist. Ich freue mich, dass er das auch so sieht, also muss sich hier der Kanton auf beide Beine stellen.

*Regierungsrat Engler:* Der Vorstoss fragt nach Strategien und Möglichkeiten eines besseren Anschlusses von Graubünden an die schweizerischen Städte und das Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen. Ich lache deshalb, weil mir Kollege Lardi gesagt hat, als Grossrat Zinsli den „Wienerwalzer“ angesprochen hat, er würde mich diesen Tanz lehren! Was war der Anlass dafür, dass wir in unserem Kanton eine solche Studie haben erarbeiten lassen. Das Volkswirtschaftsdepartement zusammen mit dem Baudepartement haben sich entschlossen, eine Studie zur „Zu(g)kunft Graubünden“ ausarbeiten zu lassen. Diese Studie ist übrigens erhältlich. Wer sich interessiert kann sich beim DIV oder bei mir melden. Wir stellen ihnen diese Studie gerne zu. Wir haben diese den Fraktionen und dem Büro des Grossen Rates bereits zugestellt. Es sind die grossen Bahnprojekte, die im Moment beim Bund laufen, nämlich die zweite Etappe von Bahn 2000 dann aber auch das Projekt Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsnetz der europäischen Bahnen und der Sachplan Schiene, die uns veranlasst haben, einmal eine etwas weiter angelegte Studie erarbeiten zu lassen. Wir wollen nämlich aus den Ergebnissen dieser Studie unsere Forderungen gegenüber Bern und auch gegenüber der SBB stellen. Im Übrigen sollen diese Ergebnisse auch im kantonalen Richtplan ihren Niederschlag finden. Es ist nun tatsächlich so, dass bei den im Bau befindlichen Bahngrossprojekten des Bundes unter dem Titel „Bahn 2000 1. Etappe“ und NEAT die finanziellen Mittel vorwiegend in die Wirtschaftsräume zwischen Zürich und Bern und in die Westschweiz investiert wurden. Wir verlangen das bei den künftigen Grossprojekten des Bundes wie z. Bsp. „Bahn 2000 2. Etappe und Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsnetz“ darauf hingewirkt wird, dass die Ostschweiz und Graubünden hier besser eingebunden sind. Ich kann allem zustimmen, was sie hier gesagt haben. Es waren auch alle befriedigt über die Antwort der Regierung. Was wollen wir also mehr.

Angesprochen wurde dann, von Grossrat Tuor noch das Projekt „Porta Alpina“, also die Umsteigestation im Rahmen der NEAT. Hier kann ich Ihnen sagen, dass wir daran sind, diese Kostennutzenrechnung aber auch die technische Machbarkeit zu überprüfen. Die entsprechenden Offerten sind eingeholt worden, zusammen mit der Region Surselva, mit der Gemeinde Tujetsch und mit dem Bund sind die Absichtserklärungen formuliert worden.

Aus bündnerischer Sicht richtet sich das Hauptaugenmerk, Grossrat Trepp hat das angesprochen, auf eine weitere Verkürzung der Fahrzeit zwischen Zürich und Sargans, nämlich durch die Schliessung dieser Doppelspurlücke und die Eli-

minierung einer Langsamfahrstelle zwischen Tiefenwinkel und Mühlehorn am Walensee. Diese bauliche Massnahme kostet allerdings 95 Millionen Franken. Natürlich setzen wir uns dafür ein, dass das so schnell wie möglich gemacht wird, wenn irgend wie möglich vor dem Jahre 2006. Eine zweite Hauptforderung ist der Ausbau des Bahnhofs Landquart. Eine dritte, die direktere Anbindung an den Flughafen Kloten und eine vierte, die bessere Anbindung an die Ostschweizer Spange mit internationalem Bezug zum Süddeutschen Raum. Das sind die Forderungen, die wir im Rahmen von „Bahn 2000, 2. Etappe“ formuliert haben und sie auch gegenüber Bern so geltend machen. Auch Grossrat Zinsli hat Recht, wenn er sagt, dass in Zukunft die österreichische Bundesbahn und die SBB den „Wienerwalzer“, statt über Feldkirch, Buchs, Sargans über Bregenz, St. Gallen nach Kloten und dann nach Zürich führen wird, dass damit auch eine Benachteiligung für Graubünden verbunden ist. Wenn es allerdings gelingt, und dafür bestehen auch Anzeichen, einen Stundentakt zwischen der SBB und der österreichischen Bundesbahn, zwischen Wien und Zürich einzuführen zweistündlich und eine Zugverbindung von Feldkirch über Buchs, Sargans nach Zürich verkehrt, dann denke ich, dass sich die Nachteile in Grenzen halten. Im Übrigen ist hier auch noch nichts beschlossen. Ich bin froh, über ihre hohe Sensibilität für den öffentlichen Verkehr und für ihre Anregungen und Wünsche. So wissen wir, wie wir uns gegenüber Bern und der Ostschweiz zu verhalten haben.

### **Interpellation Zindel betreffend Ausschaffungshaftpraxis im Kanton Graubünden**

(Wortlaut Oktoberprotokoll, Seite 180)

#### *Schriftlicher Bericht der Regierung*

Das geltende Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht sieht die Möglichkeit zur Anordnung der Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft vor. Insgesamt sollen diese neuen Haftarten einen besseren Vollzug des Ausländer- und Asylrechts gewährleisten. Zu den Fragen der Interpellanten kann wie folgt Stellung genommen werden:

1. Bei allem Bedauern über den Freitod liegen der Regierung keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Haftbedingungen für Hamid Bakiri den Voraussetzungen, wie sie durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung definiert wurden, nicht entsprochen hätten. Eine nachträglich beim Bundesgericht anhängig gemachte Beschwerde hat die Überprüfung der konkreten Haftbedingungen zum Gegenstand. Die Haftbedingungen wurden im Übrigen weder zum Zeitpunkt der richterlichen Anordnung noch der Verlängerung im Einzelfall beanstandet.
2. Erfüllten die Haftvoraussetzungen die bundesgerichtlichen Anforderungen, erübrigt sich auch die Frage nach der Verantwortung für allfällige Unterlassungen.
3. Das Untersuchungsgefängnis Davos wurde im Sinne einer Übergangslösung aufgrund der bundesgerichtlichen Vorgaben zum Vollzug der Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft umgebaut. Zu diesem Zweck stehen heute fünf Haftzellen mit je zwei Betten, einem Aufenthaltsraum, einem Besucherraum sowie einem Spazierhof zur Verfügung. Lediglich dem Beschäftigungsgebot kann in Davos nicht nachgekommen werden. Ansonsten vertritt die Regierung die Auffassung, dass das Gefängnis zum

- Vollzug der Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft in Davos den gesetzlichen Anforderungen entspricht.
4. Das Gefängnis zum Vollzug der Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft in Davos verfügt über maximal zehn Zellenplätze. Aufgrund der besonderen Zellenanordnung wurden bislang nach Möglichkeit nicht sämtliche Zellenplätze gleichzeitig belegt. Ausserdem ist man bestrebt, eine Doppelbelegung der Zellen zu vermeiden. Dies gelingt nicht zuletzt deshalb, weil Personen, die höchstens eine oder zwei Nächte in Haft verbringen müssen, in Polizeizellen in der Umgebung von Chur untergebracht werden. In der Zeit vom 10. Juli bis 20. September 2001 waren in Davos durchschnittlich drei Personen in Haft.
  5. Das neue Gefängnis zum Vollzug dieser Haft in Realta steht voraussichtlich ab Frühjahr/Sommer 2003 zur Verfügung. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft in Davos vollzogen. Ob es dabei gelegentlich zu Einzelvollzügen kommen wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die in der Regel nicht bei der Person des Einzelhäftlings liegen. Es kann aber festgehalten werden, dass (wie im Falle von Hamid Bakiri geschehen) stets versucht wird, die Haftanordnung nach Möglichkeit zu vermeiden oder, wenn diese unumgänglich ist, so kurz wie möglich zu halten.
  6. Die angesprochenen Mitarbeitenden der Fremdenpolizei verfügen über eine langjährige Berufserfahrung. Ihre Aus- und Weiterbildung erfolgt durch Weiterbildungsveranstaltungen sowie durch eine regelmässige Teilnahme an speziellen Seminaren der Abteilung Vollzugsunterstützung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Eine besondere Supervision oder ein Coaching dieser Mitarbeitenden findet nicht statt. Die Mitarbeitenden der Kantonspolizei, welche in der Übergangphase die Ausschaffungshäftlinge betreuen, verfügen grundsätzlich über eine allgemeine polizeiliche Grundausbildung und entsprechende Weiterbildungskurse. Im psychologischen Bereich werden insbesondere Takt-Kurse und Wiederholungskurse zur Konfliktbewältigung durchgeführt.

#### Antrag Zindel

Diskussion

#### Abstimmung

Für Diskussion

28 Stimmen

Dagegen

0 Stimmen

*Zindel:* Damit wir uns nicht von Anfang an missverstehen. Auch ich bin für eine konsequente und harte Ausschaffungspraxis, die aber zugleich korrekt und human erfolgen soll. Wenn ich die Interpellation Frigg unterschrieben habe, dann nicht darum, weil ich in der allgemeinen Regularisierung eine Lösung sehe. Da gebe ich Ihnen Recht, Grossrat Brüesch, sondern weil wir menschenunwürdige Ausbeutungssituationen lösen müssen und da haben Sie uns den Schlüssel ja jetzt geliefert. Zur regierungsrätlichen Antwort, auf die Frage, ob Davos als Ausschaffungsgefängnis den gesetzlichen Anforderungen genüge, gibt die Regierung die Antwort ja und nein. Dem Beschäftigungsgebot könne in Davos nicht nachgekommen werden. Also, schon die Ausschaffungshaftbedingungen entsprechen nicht den gesetzlichen Anforderungen. Darum stocken wir ja den Zellentrakt 2 in Realta auf. Und nun schreibt die Regierung über die Haftbedingungen in Thusis: "Es liegen der Regierung keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Haftbedingungen für Hamid

Bakiri den Voraussetzungen, wie sie durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung definiert wurden, nicht entsprochen hätten." Aber auch in Thusis fehlte natürlich die Möglichkeit der Beschäftigung, zudem fehlten Sozialkontakte, ein wesentliches Element bundesgerichtlicher Rechtsprechung. Es bestand eine 23-stündige Isolationshaft. Dieser Häftling war nachts in einem Trakt allein, verbunden mit einer Gegensprechanlage nach Chur. Davos entspricht also nicht den Haftbedingungen, Thusis entspricht den Haftbedingungen. Ich kann als Theologe relativ gut mit Paradoxen umgehen, aber diese kühne Widersprüchlichkeit verstehe ich nicht. Natürlich gibt es die rechtliche Möglichkeit der Einzelhaft als Disziplinierungsmassnahme. Aber da wurde, ob schon in Davos Kapazitäten frei gewesen wären, für Hamid Bakiri vorsätzlich diese Beugemassnahme angeordnet. Mit dieser Widersprüchlichkeit, die in ihrer Antwort steht, steht die Frage im Raum: "Fand im Falle Bakiri fremdenpolizeiliches Mobbing statt?" So quasi als föderalistisches Supplement, zu einer für zu larsch oder zu weich empfundenen Bundesgerichtspraxis. Natürlich, der Häftling war extrem schwierig, aber wirkliche Humanität und saubere Rechtspraxis muss sich doch gerade in diesen Extremsituationen bewähren.

Die regierungsrätliche Antwort hält weiter fest, dass im Übrigen die Haftbedingungen weder zum Zeitpunkt der richterlichen Anordnung, noch zum Zeitpunkt der Verlängerung im Einzelfall beanstandet worden seien. Das tönt fast so, als sei der Häftling selbst Schuld für seine Situation, er hätte ja reklamieren können. Muss ein Beamter das Gesetz umsetzen oder warten bis eine Beschwerde ihn in Gang setzt? Im Übrigen liegt mir eine mündliche Aussage des zuständigen Gefängnisseelsorgers vor, laut der Hamid Bakiri zwei Mal eine schriftliche Beschwerde aufgesetzt haben soll. Auch sein Hungerstreik war ja ein Hilfeschrei. Sehr viele Fragen liegen offen. Leider musste die Beschwerde beim Bundesgericht zurückgezogen werden. Das Bundesgericht wollte nicht auf den Fall eintreten. Die Begründung: "Fehlen des aktuellen Interesses". Der Mann ist ja tot, also erübrigt sich die Sache. Wissen Sie, ein Suizid hinterlässt immer eine Menge Schuldgefühle bei denen die zurückbleiben. Ein Zentner falscher Schuldgefühle, auch im Falle Bakiri, diesen Zentner muss man vehement von sich weisen. Dem 1 Kilogramm Schuld muss man aber standhalten. Und ich denke einfach, hier ist ein Fehler passiert. Die Rechtfertigungsversuche medizinischer Gründe, Renitenz, die reichen nicht hin. Ich denke, wenn wir wirklich in einem Neubau eine Ausschaffungspraxis mit menschlichem Antlitz einüben wollen, dann braucht es in diesem Falle Kritik, Selbstkritik der zuständigen Stellen.

*Frigg:* Der Flieger von Zürich nach Algier hob am Donnerstag, den 20. September 2001, ohne Hamid Bakiri ab. An jenem Morgen fanden die Wärter der Haftanstalt Chur den abgelehnten Asylbewerber tot in seiner Zelle. Der Algerier hatte zuvor seine Abschiebung zweimal zu verhindern gewusst, man hatte ihn daraufhin in Isolationshaft genommen, obwohl das Bundesgericht eine solche Behandlung von Abschiebehäftlingen strikt verboten hat. Die psychischen Beschwerden des Gefangenen sind offenbar den zuständigen Organen nicht aufgefallen. Die Verzweiflungstat von Bakiri macht die menschenunwürdige Abschiebep Praxis deutlich. Er war ja kein Verbrecher. Hamid Bakiri war sicher kein einfacher Mensch. Er konnte uns, und wir ihn womöglich auch nicht gut verstehen. Er kam aus einem anderen Kulturkreis. Ist es nicht unsere menschliche Pflicht auch schwierigen Menschen

zu helfen? Ist so eine Massnahme mit menschenunwürdiger Einzelhaft in diesem Fall nicht unverhältnismässig? Wir müssen daraufhin arbeiten dass solche Fälle nicht mehr vorkommen.

*Stiffler:* Gegen den Vorwurf von Grossratskollege Zindel, das Ausschaffungsgefängnis in Davos sei nicht auf dem neuesten Stand muss ich mich wehren. Ich habe mich erkundigt und habe das auch gesehen. Das Ausschaffungsgefängnis in Davos ist sehr gut eingerichtet und meiner Meinung nach fehlen einfach ein bisschen die Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Leute. Ich will Ihnen einmal einen Tagesablauf schildern, wie er dort passiert. Der zuständige Polizist geht in die Zelle, schreibt die Wünsche dieser Insassen, was sie für Schokolade wollen, was sie für Zeitungen wollen, welche Zigarettenmarke sie rauchen und was sie Mittagessen wollen auf und dann geht er auf Einkaufstour und kehrt zurück und gibt das alles ab. Wenn er einmal ein bisschen später zurückkommt, sieht er die ganze Zelle zusammengeschlagen, weil es irgendjemandem von diesen Insassen ablöscht. Ich begreife das. Aber diese Leute sind illegal in der Schweiz, und werden behandelt wie in einem Restaurant. Da kann jeder seine Wünsche äussern und jeder wird angehört und ich glaube nicht, dass man so einfach sagen kann, man beschäftige sich zu wenig mit diesen Leuten. Der Vorwurf, dass man sie nicht spazieren lassen kann, das mag noch für das Ausschaffungsgefängnis in Davos gelten, aber sonst sind die Voraussetzungen für solche Leute gut.

Dann kommt noch etwas anderes. Nach neun Monaten, so ist es mir gesagt worden, wenn kein Land diese Damen und Herren aufnimmt, dann lässt man sie frei. Weil kein Land sie aufnimmt lässt man sie einfach wieder laufen. Das ist so die Praxis, unsere Praxis, die wir in Sachen Ausschaffungshäftlinge durchziehen. Da habe ich nun gewisse Fragen, weil diese Leute sich nachher irgendwo in die Szene zurückziehen und dann eines Tages doch wieder bei der Polizei landen. Der Grund ist, dass sie ihre Identität verheimlichen und sie lassen sich nicht zwingen irgendetwas herauszurücken. Darum muss man sie nach neun Monaten freilassen. Das ist nicht irgendein Hirngespinnst von Grossrat Stiffler, sondern das ist die Tatsache.

*Geissler:* Die Asylpolitik ist nur dann glaubwürdig, wenn die getroffenen Entscheide auch vollzogen werden. Es ist also Sache der Verwaltung und der Organe, die von der Politik aufgestellten Leitplanken und von der Justiz bestätigten Sachverhalte umzusetzen. Dies trifft nicht nur die Asylpolitik, aber insbesondere auch in der Asylpolitik zu. Im Fall Bakiri wurde ein erstes Gesuch vom Bundesamt für Flüchtlinge bereits am 9. März 1994 abgelehnt. Dieser Entscheide wurde, übrigens im Rahmen des Beschwerdeverfahrens, durch die Asylrekurskommission mit Urteil vom 7. Juli 1994 bestätigt. Die durch den Gefängnisarzt der kantonalen Anstalt Realta durchgeführte Untersuchung im Juli 2001 hat ergeben, dass Bakiri sowohl in psychischer wie auch in physischer Hinsicht hafterstehungsfähig sei. Warum, so frage ich mich, sollte der Asylant Bakiri in diesem Sommer nicht ausgeschafft werden? Am 25. September 2001 reichte der Rechtsvertreter von Bakiri Beschwerde gegen die Verfügung des Haftrichters ein. Darin wurden unter anderem die Haftbedingungen in Thuis und jene in Davos beanstandet. In der Folge gelangte das Bundesgericht an den Rechtsvertreter und machte in brieflicher Form auf die Aussichtslosigkeit seiner Beschwerde aufmerksam. Mit Schreiben vom 15. November 2001 zog der Rechtsvertreter seine Beschwerde auf Grund

dieses eindeutigen Hinweises zurück. Sicher ist es sehr bedauerlich, wenn ein Mensch sich umbringt. Wir dürfen aber zur Kenntnis nehmen, dass die Beschwerde auf Grund der Aussichtslosigkeit zurückgezogen wurde, denn wir müssen uns nichts zu Schulden kommen lassen.

*Koch:* Wir haben das Problem hier drin schon mehrfach gehört. Es ist nicht neu. Ich möchte nicht auf einen Vorredner hier eingehen, aber einfach auf den gehörten Vorwurf, das Gefängnis in Davos habe sich nicht als Ausschaffungsgefängnis geeignet. Es kann Leute in Davos geben, die diese Vereinbarung begrüsst haben. Aber wie wir wissen, haben wir vor einigen Jahren einen Neubau für 2,5 Millionen Franken mit 10 Zellen bekommen. Jetzt war das Problem, dass man nirgends eine Unterkunft fand und dann hiess es einfach, man bringe diesen Häftling nach Davos. So hatten wir Riesenprobleme. Eine Zeit lang hatten wir noch eine Kabine zur Verfügung, danach nichts mehr. Dann ist man mit jedem Häftling, der in Davos straffällig geworden ist, das habe ich hier drinnen auch schon gesagt, mit zwei teuren Polizisten im Kanton rumgefahren, bis man eine Haftzelle fand.

Ich bin sehr beruhigt, dass das nun bald eine Ende hat. Das Davoser Gefängnis wurde nach neuesten Erkenntnissen als Gefängnis für Häftlinge gebaut. Es hat oben auf dem Dach noch einen Raum, wo die Häftlinge spazieren gehen können. Er ist nicht gerade gross, aber nicht speziell für Ausschaffungshäftlinge. Um es klar zu sagen, das ist eine Notsituation, die immer noch in Davos herrscht.

*Regierungsrat Engler:* Ich möchte vorausschicken, dass der Freitod von Hamid Bakiri, am 20. September dieses Jahres, mich persönlich, aber auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Fremdenpolizei, aber auch die Regierung betroffen gemacht hat. Wir haben diesen Tod zum Anlass genommen auch selbstkritisch zu fragen, ob im Zusammenhang mit dem Vollzug dieser Ausschaffung irgendwer Fehler gemacht hat. Als junger Mann wollte Hamid Bakiri Armut und Krieg im eigenen Land den Rücken kehren und in der Schweiz Glück und Wohlstand finden. Sein Gesuch wurde dann aber von der schweizerischen Asylrekurskommission am 7. Juli 1994 rechtskräftig abgelehnt, damit wurde bestätigt, dass die Voraussetzungen für Asyl in unserem Land bei ihm nicht erfüllt sind. Bei einem solchen Entscheid hat der Kanton eben nicht mehr ein Vollzugsermessen. Weil sich Hamid Bakiri nicht freiwillig der Anordnung fügte, unser Land zu verlassen, mussten ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen beansprucht werden. Wenn die Asylpolitik eine glaubwürdige Politik sein will, dann ist sie das nur, wenn getroffene Entscheide auch vollzogen werden. In erster Linie natürlich ist eine solche Wegweisung für den Betroffenen in gleicher Weise aber auch für die damit befassten Behörden in hohem Masse belastend. Wenn nun nachträglich, nicht von Ihnen Grossrat Zindel, sondern von verschiedenen Kreisen nach Gründen gesucht wird, die Hamid Bakiri in den Tod getrieben haben, so denke ich, dass die Gründe dafür eher in der von ihm beurteilten Auswegs- und Hoffnungslosigkeit gelegen haben, als in den heute kritisierten Haftbedingungen. Das entbindet allerdings die rechtsanwendenden Behörden nicht davor, unsere Verantwortung für einen menschenwürdigen und grundrechtskonformen Vollzug auch der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen zu tragen.

Um nun zu vielen Halb- und Unwahrheiten, die ich in den vergangenen Wochen zu seinem Tod und zu seinen Haftbedingungen gehört und gelesen habe, Stellung nehmen zu können, müssen Sie mir erlauben, etwas auszuholen und zu

den Zwangsmassnahmen als solche etwas zu sagen, dann aber auch zu den Haftbedingungen für Hamid Bakiri im Speziellen in Thusis.

Gemäss schweizerischem Asylrecht werden die Kantone mit dem Vollzug der rechtskräftigen Wegweisungsentscheide beauftragt. Im Falle von Hamid Bakiri war dies der Kanton Graubünden. Mehr oder weniger nach dem Zufallsprinzip werden die Auszuschaffenden den Kantonen zum Vollzug zugewiesen. Nun wurde geltend gemacht, andere Kantone würden keine abgewiesenen Asylbewerber überhaupt nach Algerien ausschaffen. Das stimmt so nicht. Ein genereller Ausschaffungsstopp für Algerier existiert weder in einem anderen Kanton noch in einem anderen europäischen Staat. So sind in den ersten 8 Monaten, dieses Jahres, 20 algerische Staatsangehörige freiwillig aus der Schweiz ausgereist und 38 wurden polizeilich ausgeschafft. Erst wenn ein Asylsuchender innerhalb der gesetzten Frist eben freiwillig dieser Ausreisepflichtung nicht nachkommt, sind diese Zwangsmittel, von denen wir hier sprechen, zulässig. Um überhaupt solche Zwangsmittel anwenden zu können, ist die Anordnung der Ausschaffungshaft durch den Haftrichter erforderlich. Der Rechtsschutz des Betroffenen widerspiegelt sich hier. Der Haftrichter entscheidet, ob die Voraussetzungen für eine Ausschaffungshaft vorhanden sind und ob die anzuordnende Ausschaffungshaft im bezeichneten Gefängnis möglich und zumutbar ist. In gleicher Weise hat der inhaftierte Asylsuchende hier auch die Möglichkeit beim Haftrichter jederzeit die Haftentlassung zu beantragen. Dies auch etwa, wenn die Haftbedingungen nicht den von der bundesgerichtlichen Rechtsprechung bestimmten Voraussetzungen entsprechen.

Im Fall nun von Hamid Bakiri hat der Haftrichter am 17. Juli die Rechtmässigkeit der Haftanordnung und am 27. August die Verlängerung der Ausschaffungshaft bestätigt. Weder im Rahmen dieser beiden gerichtlichen Verfahren hat Hamid Bakiri oder sein Rechtsanwalt die Haftbedingungen beanstandet. Erstmals, und das möchte ich hier auch betonen, wurden die Haftbedingungen am 7. September durch den Rechtsvertreter und am 8. September dann durch Pfarrer Mohri beanstandet. Wenige Tage zuvor aber, am 6. September hatte Hamid Bakiri gegenüber unseren Behörden erklärt, dass er nun definitiv nach Algerien zurückkehren wolle. Er bat sogar noch darum für ihn so rasch wie möglich einen Flug nach Algerien, möglichst nicht nach Algier, sondern nach Constantin zu buchen. Diese Ausreise wurde seinen Wünschen entsprechend vorbereitet und für den 20. September organisiert. Was am 19. September dann tragischerweise passierte wissen Sie.

Zu seiner Inhaftierung und zur späteren Verlängerung der Ausschaffungshaft. Das muss ich hier jetzt einmal deutlich sagen, weil meine Mitarbeiter hier auch von gewissen Leuten angeschwärzt und beleidigt werden. Warum kam es überhaupt zur Inhaftierung und zur späteren Verlängerung? Es kam deshalb dazu, weil Hamid Bakiri einmal die freiwillige Ausreise verweigerte, dann aber auch, weil er mit Drohungen auch gegenüber Heimmitarbeitern und mit seinem äusserst aggressiven Verhalten sich zweimal bereits der Rückführung widersetzt hatte. Beide Male weigerte sich der Pilot ihn überhaupt an Bord zu nehmen. Sowohl in psychischer wie auch in physischer Hinsicht beurteilte der beauftragte Arzt ihn als hafterstehungsfähig. Wenn nun noch die Dauer der Ausschaffungshaft angesprochen ist, so bleibt festzuhalten, dass das Amt für Polizeiwesen dem Beschleunigungsgebot durchaus nachgekommen ist, indem es dreimal in der schnellstmöglichen Zeit die Ausschaffung vorbereitet hat;

Ausschaffungen, die mit Flugbuchungen verbunden sind, die aber auch mit der Einholung der notwendigen Papiere verbunden sind.

Zu den Haftbedingungen in Thusis. Grundsätzlich wird die angeordnete Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft im Ausschaffungsgefängnis in Davos vollzogen. Dass die Voraussetzungen dort nicht optimal sind, da gebe ich Ihnen Recht. Deshalb bauen wir ab nächstem Jahr in Realta ein Ausschaffungsgefängnis mit 15 Plätzen. Nur in Ausnahmefällen erfolgt die Inhaftierung in Thusis, beispielsweise dann, wenn die medizinische Betreuung dies nahe legt, wenn mit dem Gefängnisarzt von Realta Synergien genutzt werden können. Es waren medizinische Gründe, es waren aber auch persönliche Gründe, die dazu geführt haben, ihn in Thusis in Haft zu nehmen und nicht in Davos. Es waren Gründe beim Inhaftierten zu seinem eigenen aber auch zum Schutze Dritter. Ich möchte hier eigentlich nicht mehr Ausführungen dazu machen. Wir kommen hier in einen ganz heiklen Bereich, und ich möchte nichts dafür tun, Ausländerfeindlichkeit noch zu schüren. Wenn man allerdings das Verhalten von Hamid Bakiri während der Haft, aber auch im Heim hier näher auslegen dürfte und würde, so glaube ich, dass Sie ein gewisses Verständnis dafür hätten.

Als wesentliche Voraussetzung für den Haftvollzug gilt das sogenannte Trennungsgebot. Sie haben Recht Frau Frigg, es sind an und für sich nicht Kriminelle, die in eine Ausschaffungshaft genommen werden. Es sind Menschen, die ihrer Ausreisepflichtung nicht nachgekommen sind. Deshalb gilt auch das Trennungsgebot, eine Trennung, die anzeigen soll, dass die Haft nicht wegen des Verdachtes der Begehung einer Straftat angeordnet worden ist, sondern einen ausschliesslich administrativen Hintergrund hat. Während des Aufenthaltes von Hamid Bakiri in Thusis wurden keine anderen Häftlinge, weder Untersuchungs- noch Vollzugshäftlinge gleichzeitig dort untergebracht. Ein Anspruch darauf, und Sie sprechen immer wieder von Isolationshaft, ein Anspruch darauf, zusammen mit anderen Ausschaffungshäftlingen inhaftiert zu sein, diesen Anspruch kennt auch die bundesgerichtliche Rechtsprechung nicht.

Hamid Bakiri wurde schliesslich, jetzt sind wir bei den sozialen Kontakten, die Sie auch angesprochen haben, weder die Besuchsmöglichkeiten seines Rechtsvertreters noch von Familienangehörigen oder Bekannten eingeschränkt, noch wurde der Telefon-, der Brief- oder der Postverkehr in irgendeiner Art und Weise beschränkt. Im Gegenteil, es wurde ihm die Möglichkeit geboten, auch nach Algerien zu telefonieren ohne dass man hierzu verpflichtet gewesen wäre. Die Behörden ermöglichten ihm also mit seiner Familie zu telefonieren und stellten ihm auf sein Begehren hin auch Zeitungen, Bücher und ein Radio zur Verfügung.

Auch das Aufenthaltsrecht im Freien wurde ihm wunschgemäss gewährt. Weitere Beschäftigungsmöglichkeiten des Inhaftierten scheiterten auch an den fehlenden wirtschaftlichen Möglichkeiten, vor allem aber auch darum, weil sich der Inhaftierte gar nicht darum bemühte, und gar nie sich mit solch einem Begehren an die Verantwortlichen richtete. Die Räumlichkeiten, dies noch zum Schluss, erfüllten auch in Thusis bezüglich Zellengrösse, sanitären Einrichtungen durchaus die Erfordernisse des europäischen Komitees gegen die Folter. Ich kann Ihnen sagen, Grossrat Zindel, ich habe mir die Sache und den Fall nicht einfach gemacht. Ich habe von meinen Mitarbeitern bei der Fremdenpolizei, nicht nur einmal, ich habe wiederholt von ihnen verlangt, dass sie die bundesgerichtlichen Anforderungen an den Vollzug mit dem praktischen Vollzug im Fall von Bakiri vergleichen. Ich muss Ih-

nen sagen, wenn ich hier die Voraussetzungen an den Haftzweck, an die Besuchsmöglichkeiten, an den Telefonverkehr, an den Brief- und Postverkehr, an den Aufenthalt im Freien, an den Bezug von Büchern und Zeitschriften, an die Benutzung von Fernsehgeräten und Radios, an die Zellengrösse, an die Religionsfreiheit und so weiter und an den Einrichtungen und an den Vollzug in Thusis messe, so liegt es meiner Auffassung nach im Bereich desjenigen, worauf der Inhaftierte Anspruch hat.

Zusammenfassend und zum Schluss kann ich sagen, dass sowohl das Betreuungspersonal der Polizei, als auch die Mitarbeiter des Amtes für Polizeiwesens und der Fremdenpolizei sich durchaus bewusst sind, dass ihnen in diesem Bereich gegenüber dem inhaftierten Asylsuchenden eine besondere Verantwortung zukommt, nämlich eine besondere Verantwortung für einen menschenwürdigen und grundrechtskonformen Haftvollzug. Im Falle von Hamid Bakiri muss ich leider sagen, wurde diesen Bemühungen von Anfang an mit äusserster Aggressivität begegnet. Wenn Ihr Vorstoss dazu beigetragen hat, selbstkritisch den Vollzug zu hinterfragen, die Sensibilität bei allen damit befassten Personen zu erhöhen, dann denke ich, hat ja Ihr Vorstoss doch etwas bewirkt. Wir sind in der Zwischenzeit auch mit Vertretern Ihrer Landeskirche in Kontakt getreten. Wir haben Ihnen angeboten die Unterkünfte, die Voraussetzungen in Davos zu besuchen und mit der Behörde das Gespräch auch im Einzelfalle zu suchen. Im Falle von Hamid Bakiri erfolgte dieses Gespräch sehr spät. Erst rund 14 Tage bevor er ausgeschafft werden sollte. Vorher hörten wir von niemanden etwas, weder bezüglich der Haftbedingungen noch bezüglich einer allenfalls bestehenden Suizidgefahr, eine Gefahr, die übrigens auch nicht Pfarrer Mohri bestätigen konnte. Er selbst sagte, dass er äusserst überrascht gewesen sei, dass es zu diesem Entscheid der Hoffnungslosigkeit gekommen ist.

Ich bin allerdings nicht bereit haltlose Vorwürfe und Unterstellungen, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht alles unternommen haben, um den Haftvollzug möglichst korrekt im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten abzuwickeln, zu akzeptieren.

### **Vereinigung der Gemeinden Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden zur Gemeinde Suraua (B 7/2001-2002, 407)**

#### **Eintreten**

Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten.

*Battaglia*, Kommissionspräsident: Die Vielfalt, welche Graubünden auf verschiedenen Gebieten stark macht, prägt auch unser Gemeinwesen und die Art und Weise wie die Gemeinden untereinander zusammen arbeiten. Die Autonomie dieser eigenständigen Gebilde hat einen hohen Stellenwert. Beides, die Vielfalt und die Gemeindeautonomie, sind prägende Kennzeichen unseres Kantons und sie sind zu erhalten und zu stärken. Wir wollen Gemeinden die Strukturen mit attraktiven Dienstleistungen zu vertretbaren Kosten anbieten können. Deshalb stellt sich die Frage, ob die heutigen Strukturen überall diesen Ansprüchen gerecht werden und dazu geeignet sind, den steigenden Anforderungen an Professionalität und Kompetenz bei zunehmendem finanziellen Druck standhalten. Die grosse Anzahl von Zweckverbänden und andere Zusammenarbeitsformen zeugen von einem ho-

hen Kooperationswillen, zum Beispiel auf dem Gebiete der Schule, Feuerwehr, Abfall, Abwasser, Kehricht, Alpen, Sportanlagen, neue Zivilstandswesen usw. Diese Liste liesse sich beliebig erweitern.

Die Tatsache, dass es in den einzelnen Regionen oder Tal-schaften mehr Gemeindeverbindungen gibt als Gemeinden, muss Anlass sein, um über die Strukturen ganz unvoreingenommen nachzudenken. Wer Zusammenarbeit praktiziert, stösst früher oder später auf das Thema Fusion als Variante der Zusammenarbeit. Die vier obgenannten Gemeinden haben dies getan. Für mich ist es sehr entscheidend, woher die Initiative kommt. Diese muss von unten kommen. Die Impulse müssen also von den Gemeinden kommen.

Die Gemeinden Camuns (63 Einwohner), Surcasti (79 Einwohner), Tersnaus (76 Einwohner) und Uors-Peiden (91 Einwohner) beabsichtigen in Zukunft eine einzige politische Gemeinde zu bilden.

Ich stelle kurz die Gemeinden vor: Die Gemeinde Camuns besteht aus 4 Siedlungen, Camuns, Masauns, Sutscheins und Runs. Die Gemeinde zählt heute 63 Einwohner. Dies ist die Hälfte von 1940. Tiefststand 1990, damals waren es nur 45 Einwohner. Ende der 80er Jahre brachten zwei politische Entscheide eine Wende, nämlich die Durchführung einer Gesamtmelioration und die Schaffung einer Erwerbskombination Post – Kanzlei. Mit der Gesamtmelioration wurden die Existenzgrundlagen für die Bauernfamilien wesentlich verbessert. Das heisst, das Dorf fing wieder an zu leben. Heute leben 5 Kinder unter 15 Jahren in Camuns. Die Gemeinde Surcasti hat 79 Einwohner. Einige Handwerksbetriebe, ein Restaurant und vor allem die landwirtschaftliche Bevölkerung besiedeln dieses Dorf. Nach einem empfindlichen Bevölkerungsrückgang hat sich die Situation auch dank den Strukturverbesserungen in den letzten Jahren stark verbessert. Tersnaus, das Dorf grenzt an die Valsergemeinde St. Martin. Bis 1878 bildeten die Gemeinden Tersnaus und St. Martin eine einzige Gemeinde. Also hat es schon vor 131 Jahren Gemeindebewegungen gegeben. Als ganz typisches Bauerndorf verzeichnete Tersnaus eine ähnliche Bewegung wie andere Dörfer. Von 129 Einwohner im 1950 sank die Einwohnerzahl auf 66 im Jahre 1980. Auch hier war die Gesamtmelioration eine Wende. Heute bewohnen 76 Einwohner das Dorf. Die Gemeinde Uors-Peiden hat bereits Fusionserfahrung. 1963 vereinigten sich die Gemeinden Peiden und Uors. Uors-Peiden ist kein Bauerndorf. Die Einwohnerzahl sank ebenfalls von 230 Einwohnern im 1950 auf 69 im 1980. Heute leben dort wieder 91 Einwohner. Dies wurde vor allem dank einer aktiven Bodenpolitik möglich. Die neue moderne Schulanlage und die Mehrzweckhalle der vier Gemeinden ist auch in dieser Gemeinde.

Die Ausgangslage. Die genannten vier Gemeinden bilden eine geografische Einheit. Alle vier Gemeinden liegen an der Verbindungsstrasse Ilanz - Vals. Um vom Oberlugnez auf die andere Talseite zu gelangen, muss man den Glenner überqueren. Dann erreicht man „Suraua“, was soviel heisst wie „das Gebiet ob dem Wasser“. Das Gebiet umfasst die vier Gemeinden. Von der Region stammt auch der neue Name der zukünftigen Gemeinde „Suraua“. Diese Gemeinden hatten vorher schon sehr viel Gemeinsamkeiten: Eine natürliche Abgrenzung gegenüber dem Lugnez, besonders enge und intensive Zusammenarbeit im kulturellen Bereich wie auch im kirchlichen Bereich, dann eine gemeinsame Schulanlage in Uors, ein gemeinsamer Abwasserverband, Wasserverband und die Feuerwehr. Viele Aufgaben werden heute schon gemeinsam gelöst. Finanziell sind alle vier Gemeinden etwa gleich stark.

Vorabklärungen für die Gemeindefusion. Die Vereinigung Pro Lumnezia lud am 10. November 1998 die Gemeindevertreter zu einer Aussprache zum Thema „Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit“ ein. Die Gemeindevertreter der vier Gemeinden Suraua bekundeten bereits damals Interesse an einer engen Zusammenarbeit, eventuell sogar an einer Fusion. Da wurde eine Projektgruppe eingesetzt, bestehend aus den vier Gemeindepräsidenten, dem Kreispräsident sowie aus Fachleuten des Zentrums für Verwaltungsmanagement ZVM der Hochschule Chur. Die Bevölkerung wurde im November 2000 durch eine Veranstaltung und eine Dorfzeitung informiert. Die Bevölkerung wurde also frühzeitig und gründlich informiert. Das ZVM lieferte im März 2000 einen umfangreichen Schlussbericht der Gemeinden und Einwohnerschaft ab. Jeder Einwohner konnte zum Bericht Stellung nehmen. Gemäss Art. 91 Abs. 1 des kantonalen Gemeindegesetzes regeln die Gemeinden in einer Vereinbarung die neuen Rechtsverhältnisse, namentlich was das Vermögen, die Verbindlichkeiten betrifft. In diesem Sinne wurde eine Fusionsvereinbarung erarbeitet. Die Vereinbarung enthält in Kürze den neuen Namen, das Datum des Inkrafttretens, dann regelt die Vereinbarung die Rechtswirkung der Eingemeindung, das Gemeindevermögen, die Investitionstätigkeiten, die Angestelltenverhältnisse, die Arbeitsverhältnisse des bisher beschäftigten Personals in der Gemeinde, die Organisation Gemeindeganzlei, des Gemeindevorstandes und die Aufhebung der Verbände. Diese Vereinbarungen wurden der Gemeindeversammlung in jeder Gemeinde unterbreitet und von der Regierung schliesslich genehmigt. Die Regierung hat der Vereinigung der Gemeinden Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden zur neuen Gemeinde Suraua am 11. September 2001 zugestimmt.

Gemäss Artikel 93 des Gemeindegesetzes kann der Kanton Beiträge zur Förderung von Gemeindeverbindungen ausrichten. Am 8. Mai 2001 hat die Regierung laut Protokoll 771 einen Beitrag an die Fusion von 1 Million zugesichert. Eine Neuberechnung der Finanz- und Steuerkraft der neuen Gemeinde Suraua ist erst für die nächste Einteilung 2004/2005 möglich. Die Kommission hat am 8. November 2001 in Camuns getagt. Wir wollten in die Gemeinden und dieses Projekt, dieses Pilotprojekt darf man sagen, vor Ort anschauen. Sie konnte aus erster Hand von den vier Gemeindepräsidenten die Fusionsbotschaft erklären lassen. Eine gewaltige Arbeit liegt hinter der Fusion. Es ging nicht zuletzt darum, die Gemeindeeinwohner zu überzeugen und sachlich zu orientieren. In den Gemeinden wurde der Fusion an der getrennten durchgeführten Gemeindeversammlungen vom 31. August 2001 mit 91 Prozent Stimmen zugestimmt. Die lange ausgedehnte Zusammenarbeit hat nun die Gemeinden zu diesem Entschluss geführt. Das Ergebnis von jahrelanger Zusammenarbeit ist nun die Fusion der vier Gemeinden. Die Gemeinden fusionieren aus der Situation der Stärke. Aus vier Kleinstgemeinden entsteht eine Kleingemeinde. Dass es sich hier um eine Liebesheirat handle, wäre leicht übertrieben. Immerhin ist es eine Vernunfttheirat, nämlich um den Problemen der Zukunft gewachsen zu sein. Es ist für die Gemeinden ein historischer Schritt. Die vier autonomen Gemeinden sind von heute an nur noch Geschichte. Da kann man nur sagen, dass die Wurzel zum Erfolg harte Arbeit ist. Der Grosse Rat hat grundsätzlich nicht viel oder nichts dazu zu sagen. Er muss nur feststellen, überprüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Fusion gegeben sind. Die übereinstimmenden Beschlüsse der vereinigungswilligen Gemeinden liegen vor, die Vereinigung der Gemeinden be-

wirken keine Änderungen der Kreisgebietseinteilung. Es besteht der von der Regierung genehmigte Eingemeindungsvertrag. Nach Artikel 88 des Gemeindegesetzes tritt die Gemeindevereinigung mit dem Beschluss des Grossen Rates in Kraft. Die Inkrafttretung ist auf den 1. Januar 2002 vorgesehen. Die Kommission ist einstimmig der Meinung auf die Vorlage einzutreten und der vorliegenden Gemeindevereinigung zuzustimmen.

*Heinz:* Noch einige Ergänzungen: An der Kommissionssitzung tauchte die Frage auf, wer den Anstoss zu einem Zusammenschluss der vier Gemeinden gegeben habe? Die Antwort der Gemeindevertreter lautete, dass die ersten Diskussionen über eine mögliche kommunale Integration, Zusammenschlüsse anlässlich einer Kreisratssitzung begonnen hätten. Das beweist, wie wichtig dass die Kreise und vor allem die seit der Gerichtsreorganisation geschaffenen Kreisräte auch in Zukunft sind. Meines Erachtens müssten die Kreise vermehrt in diesem Bereich Aufgaben wahrnehmen, denn sie sind dazu gerade prädestiniert. Beim Besuch der vier zusammenschlusswilligen Gemeinden war ich vor allem über die intakte Infrastruktur wie Schule, Kindergarten, Begegnungs- und Versammlungslokal, sauber herausgeputzte Dörfchen, abgeschlossene Meliorationen, nette Gemeinderäte, welche für ihre Gemeinden die Hausaufgaben gemacht haben positiv überrascht. Es gibt noch viele Gemeinden in Graubünden, die die Hausaufgaben nicht gemacht haben. Ich kam zum Schluss, das hier vier gleichstarke Partner mit viel Gemeinsamkeiten eine Heirat aus Liebe und nicht aus Zwang eingehen wollen. Ich bin für Eintreten und überzeugt, dass die neue Gemeinde Suraua ein gutes Beispiel mit Nachahmungscharakter für andere kommunale Zusammenschlüsse ist.

*Casanova (Vignogn):* Las quater vischnauncas lumnezianas da Camuns, Surcasti, Tersnaus ed Uors-Peiden ein seunidas. Sco commember dalla cumission preparativa e representant dil cumin dalla Lumnezia gratuleschel jeu als quater presidents communals sco era allas convischinas ed als convischins dallas quater vischnauncas per la curaschusa decision e per la gronda lavur prestada en favur dalla nova vischnaunca da Suraua. „Suraua“, über dem Wasser heisst die neue Bündner Gemeinde im Val Lumnezia. Auch wir von der linken Talseite sind stolz auf den Namen der neuen Gemeinde. Suraua, so nannten unsere Väter und Grossväter die Auswärtigen, quels da tschella vart, quels da Sur-Aua. Aus vier Kleinstgemeinden entsteht eine funktionstüchtige Kleingemeinde mit 316 Einwohnern. Graubünden, mit der geringsten Einwohnerdichte, hat landesweit auch die kleinsten Gemeinden. In 77 Gemeinden leben noch weniger als 200 Einwohner. In 34 Gemeinden gibt es sogar noch weniger als 100 Einwohner. Die kleinste Gemeinde im Kanton Graubünden zählt heute 24 Einwohner. Viele Gemeinden sind seit einigen Jahren einem ständig zunehmenden Reformdruck ausgesetzt. Die knappen Haushaltsmittel, ein stetig zunehmender Aufgabendruck und die damit verbundenen Aufgabenverschiebungen zwischen Bund, Kanton auf die Gemeinden haben diesen Druck verstärkt. Die Gemeinden sind herausgefordert, sich diesem Druck zu stellen, und sich damit zu befassen. Der Wandel ist aber auch eine Chance für neue Lösungsansätze. Was heute noch gut scheint, ist morgen bereits überholt. Die Gemeinden sind gezwungen, Kosten einzusparen, Abläufe kritisch zu hinterfragen, neue Formen zu überprüfen und Veränderungen offen anzugehen. Für die Lösung,

dieser und vieler weiteren Aufgaben ist die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden ein zentrales Element.

Bereits heute besteht eine Reihe von Zusammenarbeitsformen, die mit Erfolg praktiziert werden. Die ständig zunehmenden Aufgabenzuweisungen sachlicher und finanzieller Art führen die kleinen Gemeinden an die Grenzen der Belastbarkeit. Die Zielsetzung bei der Zusammenarbeit ist in erster Linie in der Realisierung von finanziellen Vorteilen für alle Beteiligten. Die Zusammenarbeit kann, muss aber nicht, eine Vorstufe der Fusion sein. Der Druck der Zusammenarbeit ist gestiegen und verlangt weiterhin grossen Einsatz von zahlreichen nebenamtlichen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten. Mit Gemeindegemeinschaften haben jedoch immer weniger Leute politische Aufgaben zu übernehmen. Es findet sicher ein weiterer Abbau des Interesses für das politische Geschehen statt. Der Kanton Graubünden braucht auch weiterhin gutfunktionierende Kleingemeinden. Ein wichtiger Pfeiler der Stabilität im Berggebiet ist die Lebenskraft der Gemeinden. Auch abgelegene und steuerschwache Gemeinden sollen ihren Einwohnern Attraktivität bieten, damit niemand auf den Gedanken des Abwanderns kommt. Die zeitweise beängstigende Anzahl der Bevölkerung unserer Bergtäler kann nur dank den verbesserten Infrastrukturen und neuen Arbeitsplätzen in den Regionen aufgehalten werden. Auch Kleingemeinden haben das Recht, weiterhin zu existieren, obwohl der Steuerertrag in den Berggemeinden gering ist. Die Förderung der Arbeitsplätze, der Unterhalt der Infrastruktur in den kleinen Gemeinden ist nur möglich in Zusammenarbeit mit dem Kanton, mit dem Finanzausgleich und mit der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden, wie auch mit den vielen Patengemeinden im Unterland. Damit die Existenz der Kleingemeinden gewährleistet ist, erwähne ich hier die hervorragende Pionierarbeit der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden und die Patengemeinden im Unterland. 42 Gemeinden im Kanton Graubünden pflegen heute wichtige Beziehungen mit Gemeinden im Unterland. Diese Beziehungen sind heutzutage von überaus grosser Bedeutung, die wir in Zukunft weiterhin pflegen und erhalten müssen. Unterschätzen wir die Vielfalt des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in den kleinen Berggemeinden nicht. Unterschätzen wir die Bedeutung der kleinen Gemeinden in den Bergtälern nicht. Diese Vielfalt von Kleingemeinden, die Vielfalt an Kultur, Vielfalt an Sprache ist ein Reichtum, den wir im Kanton Graubünden pflegen und erhalten müssen. Suchen wir Mittel gegen die Abwanderung und die Bewahrung der Arbeitsplätze. Erhalten wir unser Berggebiet als Lebensraum und als Werkraum mit genügenden Berufsperspektiven für die junge Generation. Auch Suraua ist nach der Fusion immer noch eine Kleingemeinde. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, der Vereinigung der vier Lugnezer Gemeinden zuzustimmen und danke für die Unterstützung der Kleingemeinden in unserem Kanton Graubünden.

*Joos:* Die Zusammenführung der Gemeinden Surcasti, Uors-Peiden, Camuns und Tersnaus zur Gemeinde Suraua konnte unter beispielhaft guten Voraussetzungen zustande kommen. Auch meinerseits möchte ich diese Verbindung sehr unterstützen, der neuen Gemeinde herzlich gratulieren und alles Gute bei ihren Zukunftslösungen wünschen. Als Bewohnerin einer Kleingemeinde beschäftigt mich die Zukunft unserer Dörfer und Täler natürlich sehr. Gestatten Sie mir daher, dass ich ein paar persönliche Gedanken dazu äussere. Ich denke, Gemeindefusionen können nicht einfach vom Büro-tisch aus gelöst werden. Hierfür braucht es viel Vertrauen,

ein individuelles den Verhältnissen und Bedürfnissen der Bevölkerung, angepasstes Vorgehen und eine gute Begleitung. So wird es wohl auch verschiedene Wege und Lösungsmodelle geben, denn Druck und Notlösungen führen selten zu einem guten Resultat. Unser Ziel ist doch eine möglichst gute Lebensqualität in den Dörfern und Tälern zu erhalten und die Entvölkerung zu stoppen. Die Gemeinden sollten nicht wie Zitronen ausgepresst werden, sondern für jeden Verlust müsste ein neuer Inhalt gesucht werden. Daher sind wir sehr gefordert, vielleicht braucht es ein Umdenken und neue Wertmassstäbe. Tatsache ist, dass die Verwaltungen immer anspruchsvoller werden, und die neuen Technologien in Sachen Kosten und Auslastung für Kleingemeinden nicht mehr in einem gesunden Verhältnis liegen. Meine Vision wäre Strukturen zu schaffen, die die Gemeindeführungen vereinfachen, denn neben den grossen und starken haben auch gesunde kleine Zellen ihre Daseinsberechtigung und Bedeutung. Die Verantwortung muss in den Dörfern bleiben. Die Funktionstüchtigkeit einer Gemeinde hängt nicht von ihrer Grösse ab, sondern von anderen Faktoren. Vor lauter Professionalität darf der gesunde Menschenverstand nicht vergessen werden. Wir können nur überleben, wenn wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und uns mit viel Eigeninitiative für das Wohl der Allgemeinheit einsetzen. Das setzt gegenseitigen Respekt und den Willen gangbare Wege zu suchen voraus. Bei Pflanzen und Bäumen sind wir uns der Bedeutung der kleinen feinen Wurzelhaare bewusst, auch was deren Fehlen auslösen würde. So hoffe ich, dass mit dem Einsatz aller Betroffenen gute Lösungen gefunden werden können.

*Farrér:* Verstärkte Zusammenarbeit unter den Gemeinden, Kooperation auf der Verwaltungsebene, Gemeindevereinigungen, Gemeindefusionen, gestatten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, dass ich einige Bemerkungen zu meinem momentan bevorzugten Thema, so wird es mir zumindest nachgesagt, mache. Folgende wichtige, bedeutende Kernfrage stellt sich meines Erachtens im Zusammenhang mit dieser Vorlage. Braucht Graubünden nach der Gerichtsreform auch eine Gemeindefusion? Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von den vier Nachgemeinden von Camuns, Surcasti, Tersnaus, Uors-Peiden haben diese Frage mit einem eindeutigen Ja, mit einem klaren Ja beantwortet. Allein das deutliche Ergebnis der Schlussabstimmung über die Fusionsvereinbarung von sage und schreibe 124 Ja- zu 13 Neinstimmen lässt erkennen, dass hier ausgezeichnete Arbeit geleistet wurde. Allen voran die Gemeindevertreter, aber auch das Coaching, die externe Begleitung und der Lenkungsausschuss haben bei diesem Projekt überzeugt. Es wird sich nun zeigen, ob ein Nachahmungseffekt einsetzt oder gar von einer Signalwirkung gesprochen werden kann. Bevor ich einige ganz grundsätzliche Gedanken über die überkommunale Zusammenarbeit anstelle, möchte ich noch ganz kurz auf den Namen des Babies unter den Bündner Gemeinden zu sprechen kommen. Vorweggenommen, das Kind hat den richtigen, und das Kind hat einen schönen Namen, aber trotzdem es ist Fact, dass wir vom 1. Januar 2002 weg in diesem Kanton zwei Gemeinden mit gleichem Namen haben. Surava im Albulatal und Suraua im Lugnez. Der Name ist inhaltlich und der Name ist sinngemäss identisch. Der Unterschied in der Schreibweise ist rein idiomatischer Natur. Ich bitte darum Regierungsrat Huber hier um eine Erklärung, ob die Bedenken betreffend Verwechslungsgefahr, welche zumindest teilweise im Albulatal geäussert werden von der Verwaltung aber auch von der Regierung geteilt werden. Vielleicht kann

Regierungsrat Huber auch über die Haltung der Nomenklaturkommission in dieser Frage informieren. Nun ich denke, wir sind heute in diesem Kanton soweit, dass der Bedarf nach engerer, nach verstärkter Zusammenarbeit nicht mehr bestritten wird. Jedoch über die Art und Weise wie das geschehen soll, da scheiden sich die Geister. Welche Form der kommunalen Zusammenarbeit bietet Flexibilität, bietet aber auch Nachhaltigkeit? Dies ist eine Frage, die noch vor wenigen Jahren als Tabu galt. Heute beschäftigt diese Frage jeden pflichtbewussten Kommunalpolitiker. Die, seit dem Beginn der 90er Jahre, immer knapper werdenden Haushaltsmittel, aber auch ein stetig zunehmender Aufgabendruck, die Aufgabenverschiebung zwischen Bund, Kanton und Gemeinde verstärken zusehends den Reformdruck. Gar nicht viele Worte will ich über die Schwierigkeit der Rekrutierung bei der Neubesetzung öffentlicher Ämter verlieren.

Keine Gemeinde wird es sich aber jedoch leisten können, einen Reformvorschlag oder gar eine Fusion dem Souverän zu präsentieren ohne gewichtige ohne nachvollziehbare Vorteile darstellen zu können. Ich frage mich ganz kurz, wo sind denn diese Vorteile. Nebst der effizienteren Aufgabenerledigung, einem professionelleren Management, ist sicher ein breiteres Dienstleistungsangebot und eine verbesserte Auslastung der Infrastruktur möglich. Unbestritten ist sicher auch die Tatsache, wonach grössere Gemeinden mehr Gewicht gegenüber der Region, gegenüber dem Kanton erhalten. Sie merken, ich mache den Link zur Totalrevision der Kantonsverfassung. Wir müssen uns aber auch fragen wo die Nachteile liegen. Und da kommt man zur Frage, wie steht es denn um die in Graubünden beinahe heiliggesprochene Gemeindeautonomie? Man muss sich bewusst sein, die Bevölkerung muss bereit sein, ihre Identität, ihre Verbundenheit mit der Gemeinde aufzugeben und schliesslich, sofern es zu einer Fusion kommen sollte, muss auch mit einer Zunahme der Anonymität oder sogar mit einem Bruch mit Brauch und Tradition gerechnet werden. In der Privatwirtschaft, das ist nun einmal so, ob uns das passt oder nicht, verändern sich die Unternehmungen in einem immer schnelleren Zyklus. Es ist ein Phänomen der Zeit. Dieser Bedarf nach Veränderungen macht sich nun auch auf der staatlichen Ebene bemerkbar. Die Gemeinden, und mit den Gemeinden ihre Vertreter, sind gefordert. Ich meine, nutzen wir den Wandel als Chance, als Möglichkeit bestehende Strukturen zu hinterfragen. Die Analyse kann Lösungsansatz für eine neue Basis der künftigen gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit sein. Ich bitte Sie auf die Vorlage einzutreten.

*Caviezel:* Die Vorredner der Kommission haben eigentlich alles gesagt. Wäre ich nicht mit einem Fuss in Suraua und mit einem Fuss im Kreis Ilanz würde ich mich nicht melden. Ich erachte es als eine angenehme Pflicht, mich hier zu äussern. Eine Gemeindefusion braucht ihre Zeit. Allen Erneuerungen, die mit einer Fusion verbunden sind, müssen Bürger und Bürgerinnen zustimmen können. Sie müssen aber auch bereit sein, sich von Tradition, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde, lösen zu können. Es braucht eine gewisse Überwindung. Die Gemeindefusion der Gemeinden Uors, Camuns, Tersnaus und Surcasti brauchte auch ihre Zeit um auszureifen. In der Botschaft auf Seite 412 erfahren wir, dass die bereits 1967 gemeinsam erstellte Schulanlage in Uors der Motor für die Intensivierung der Zusammenarbeit war. Gewiss war diese Entscheidung der Gemeinden Surcasti, Tersnaus und Camuns nicht leicht das eigene Schulhaus einmal aufgeben zu müssen und die Schüler in die Nachbargemeinde Uors zu schicken. Der Schritt, eine ge-

meinsame Schulanlage zu realisieren, musste gut vorbereitet werden und kostete vermutlich einige Jahre Überzeugungsarbeit der damaligen Behörde. Schon damals redete man von einer möglichen Fusion. Die Väter haben eine gemeinsame Schulanlage gebaut, die Schüler von damals haben heute fusioniert. Eigentlich ein logisches Vorgehen. Zum letzten Fusionsschritt wurde eine Begleitgruppe gebildet, die zusammen mit der Regierung sehr gute Arbeit geleistet hat. Es bestand kein Zwang. Alle Gemeinden waren finanziell gleichgestellt. Die rund 244 Ämter, die in den vier Gemeinden zu vergeben waren, müssen neu nicht mehr unter den nur 234 Stimmberechtigten besetzt werden. Für alle vier Gemeindepräsidenten war es immer schwieriger Bürger zu überzeugen etwas für die Allgemeinheit zu leisten. Solche Probleme kommen immer mehr in Kleingemeinden unter 200 Einwohnern vor. Solche Gemeinden existieren nur, solange einige Idealisten die Aufgaben übernehmen und bereit sind, Freizeit für sich und für die Familie einzuschränken. Es steht dem Grossen Rat zu, die neue Gemeinde Suraua auf den 1. Januar 2002 in Kraft zu setzen. Als Nachbar möchte ich der Einwohnerschaft für diese Pioniertat von Herzen gratulieren und dem neuen Gemeindevorstand wünsche ich eine glückliche Hand, die Geschäfte der neuen Gemeinde auszuüben. Trägt diese Fusion eines Tages Früchte, könnte die Fusion mit der Zeit vielleicht sogar auf die restlichen zwei Gemeinden in der Region Suraua und Lugnez ausweiten. Ich bin für Eintreten.

*Catrina:* Die Vereinigung zur Gemeinde Camuns, Surcasti, Tersnaus, Uors-Peiden zur Gemeinde Suraua. Ich möchte in diesem Zusammenhang eher von einer teilweisen Wiedervereinigung (die historische Gerichtsgemeinde) reden. Da werden vier Kleinstgemeinden zu einer Kleingemeinde zusammengefügt. Die Vorbereitungen sind in vorbildlicher Art ausgeführt worden. Die Synchronisation ist gelungen. Solche Zusammenschlüsse sind sinnvoll, um die dezentrale Besiedlung aufrecht zu erhalten, indem die Dienstleistungen der Gemeinde professioneller, effizienter und preisgünstiger dem Einwohner angeboten werden können. Dieser bevorstehende Gemeindezusammenschluss soll aber nicht Anlass zum generellen Zugzwang für kleine Gemeinden werden. Die vier Dörfer im unteren Lugnez sind schon durch verschiedene gemeinsame Werke verbunden. Sie sind sprachlich und konfessionell gleich. Die öffentliche Infrastruktur ist bei allen vorhanden und in gutem Zustand. Mir fällt besonders der gute Geist und der Wille für das Gemeinsame auf. Die Surauer sind bereit für den Gemeindezusammenschluss. Ich gratulieren ihnen dazu. Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

*Jäger:* Die sozialdemokratische Fraktion unterstützt einstimmig Eintreten und den Beschluss zur Bildung der Gemeinde Suraua. Wir gratulieren den vier Gemeinden zu ihrem initiativen und speditiven Vorgehen. Als unsere Kommission im wunderschönen Gemeindehaus in Camuns, ich möchte eine Klammer öffnen und Sie ermuntern, wenn Sie einmal eine Sitzung organisieren, diese Sitzung dort zu machen, als wir dort zusammentraten, hat uns Ratskollege Heinz aufgefordert, nachdem wir alle gesprochen hatten, es soll dann in der Debatte hier nicht auch wieder jeder sprechen. Ich stelle fest, dass ich das letzte Mitglied der Kommission bin, das heute hier anwesend ist, das noch nicht gesprochen hat. Ich bin auf jeden Fall der letzte. Ich bin auch der Exot in der Kommission, denn ich bin das einzige Mitglied, das eine Gemeinde vertritt, von den neun Kommissionsmitgliedern, mit mehr als 500 Einwohnern. Ratskollege

Heinz hat die Gelegenheit benutzt, für die Kreise zu plädieren. Ich nehme den Ball nicht auf und ich werde auch nicht für die Regionen sprechen. Ich spreche nur zu allgemeinen Punkten. Wir alle sind uns einig, ob wir nun grosse oder kleine Gemeinden vertreten hier, Graubünden braucht starke und lebendige Gemeinden. Dass die Gemeinde Suraua, die vier heutigen Gemeinden und dann die zukünftige lebendig ist, davon konnten wir uns überzeugen. Es war eine sehr überzeugende Kommissionssitzung. Die verschiedenen heutigen Gemeinden und die neue sind durch eine grosse Lebendigkeit geprägt.

Am letzten Sonntag fand hier in Chur in der Heiligkreuzkirche ein gemeinsames Konzert statt zwischen einer Musikgesellschaft aus Chur, aus der grössten Gemeinde und dem Chor mischedau da Suraua. Auch da konnte die kleine Gemeinde, die neue Gemeinde zeigen, wie lebendig sie ist. Sie konnte das Kulturleben in der „Capitala“, wie die Romanen unsere Stadt so schön benennen, befruchten und wir freuten uns darüber. Dieser Kulturbegriff ist ein Zeichen einer lebendigen Gemeinde. Auch die Musikgesellschaft Suraua ist ein Zeichen dieser Lebendigkeit. Dort spielen, soviel ich weiss, auch Leute aus den Gemeinden Duvin und Pitasch. Das zeigt auch, dass eben der Schritt nicht fertig sein kann. Es deutet an dass es weitergehen muss. Regierungsrat Huber, Ihr Departement hat diese G-Info 1/2000 herausgegeben. Eine Sonderausgabe des Gemeindeinspektorates zum Thema Gemeindereform. Ratskollege Farrér hat schon die Frage, die da an der Spitze steht zitiert. Sie lautet, ich erlaube mir, sie zu wiederholen: "Braucht Graubünden nach der Gerichtsreform auch eine Gemeindereform?". Ich sage ja, es braucht dies. Ich hoffe, dass diese Broschüre und die weiteren Bemühungen in diese Richtung neue Initiativen lebendig machen und in diesem Sinne möchte ich Ihnen allen gratulieren, die dem Beispiel der Gemeinde Suraua folgen werden.

*Schmid (Vals):* Ich möchte lediglich meine Aussagen auf einen Punkt bringen, und zwar auf die Signalwirkung dieser Gemeindevereinigung hinweisen. Durch den Willen der Bevölkerung, durch die Führung der politisch Verantwortlichen, die übrigens ihre Führungsverantwortung unter Beweis gestellt haben und durch die gute Begleitung des Gemeindeinspektorates und anderer Stellen ist im Lugnez etwas entstanden, was Nachahmer finden müsste. Ich freue mich, dass gerade durch diese Gemeindefusion auch andernorts die Diskussion über neue Formen in den Gemeinden und zwischen den Gemeinden in Gang gekommen ist. Ich freue mich auch besonders als Lugnezer, dass man vom Lugnez lernen will und jetzt jeder einmal etwas lernen kann. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, dass das Lugnez politisch von einer sehr offenen und zukunftsgerichteten Partei dominiert wird. Ich möchte alle Gemeinden und deren Vertreter einmal ins Lugnez einladen, dass Sie sich einmal vor Ort die Situation auch anschauen und diese Ideen und Impulse in ihre eigenen Regionen oder ihren eigenen Gemeinden auch umsetzen. Effiziente Strukturen werden in den Regionen für die Zukunft matchentscheidend sein. Es liegt in der Verantwortung der Regions- und Gemeindevertreter, dies vorzusehen und dementsprechend zu handeln.

*Capaul:* Ich bin heute stolz, dass sich gerade vier Gemeinden aus meinem Wahlkreis freiwillig dazu entschlossen haben zu fusionieren. Ich hoffe, dass noch mehrere Gemeinden diesem Beispiel folgen werden. Damit aber ein Anreiz für finanzschwache Gemeinden besteht, müssen wir hier in diesem Saal die Rahmenbedingung noch verbessern. Es darf nicht

sein, dass Gemeinden Fusionsverhandlungen abbrechen, weil sie finanzielle Einbussen erleiden müssen. Letztes Jahr, anlässlich der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes, haben wir im Prinzip den richtigen Weg eingeschlagen. Leider haben wir es aber dann verpasst, mittels meinem Antrag, die Verbesserung zu optimieren. Trotzdem müssen wir nun aber zukunftsorientiert arbeiten und mutige Entscheidungen zu Gunsten von Fusionen treffen. Es versteht sich von selbst, dass Fusionen nur auf freiwilliger Basis erfolgen sollen, ohne Zwängerei von Oben. Darum fordere ich Sie alle auf, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir dieses Ziel erreichen können. Finanziell müssen wir dafür Aufwendungen erbringen. Langfristig können sowohl der Kanton, aber auch die Gemeinden davon profitieren. Ich bin demzufolge für Eintreten und hoffe auf eine einstimmige Verabschiedung dieses Geschäftes. Den betroffenen vier Gemeinden gratuliere ich und den vier Gemeindepräsidenten danke ich für Ihre Weitsicht zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ihrer Gemeinden.

*Telli:* Auch ich gratuliere den vier Gemeindepräsidenten zu diesem Schritt. Ich möchte aber Ihnen hier, meine Damen und Herren, doch etwas zu bedenken geben. In der Botschaft ist sehr detailliert aufgeführt, was die Beweggründe für diese Fusion sind oder waren. Etwas weniger aussagekräftig ist der Zahlenspiegel auf Seite 411. Hier hätte der Detailbericht des ZVM angeheftet werden können. Trotz der in Aussicht gestellten Fusionsmillion ist kaum absehbar, dass die Gemeinde Suraua je einmal aus dem Finanzausgleich entlastet werden kann. Für die Fusion Tinizong-Rona hat die Regierung 600'000 Franken gesprochen. Für die Fusion Suraua spricht sie eine Million. Das gibt für Suraua ein Pro-Kopf-Beitrag von 3'216 Franken. Wenn ich jetzt an eine Fusion mit der Gemeinde Flims denke und dieser Pro-Kopf-Beitrag mit unserer Einwohnerschaft multipliziere, dann gibt das plus/minus 13 Millionen Franken. In aller Würdigung der Fusionsbestrebungen, dürfen wir diese finanziellen Konsequenzen, die eine Lex-Huber nach sich tragen können, nicht aus dem Auge verlieren.

*Peretti:* Circa 20 anni su questi banchi abbiamo accettato la fusione dei comuni della Calanca interna: Rossa, Augio e Santa Domenica. E a 20 anni di distanza circa accettiamo la fusione di questi comuni e faccio i miei sinceri auguri per una continuazione che sia gestita in collaborazione e che sia gestita in modo saggio. Sicuramente che la fusione dei comuni non deve essere direttamente dichiarata da parte delle alte sovrananze, ma sono i comuni stessi che la devono decidere, la devono accettare. La fusione deve partire dal basso e non deve partire dall'alto, per cui questi comuni sicuramente si troveranno a gestirsi anche in un modo autonomo, anche se l'autonomia è soltanto parziale. Auguro sicuramente che ci siano anche altri comuni che possano avere questa possibilità e che decidano di fusionarsi perché, io penso, che un comune più grande sarà sicuramente un comune più vantaggioso e penso che questa porta sia aperta anche, non da 20 anni a questa parte, ma al più presto possibile, per la possibilità ad altre fusioni.

*Zegg:* Ich begrüsse natürlich so eine Gemeindefusion. Sie erinnern sich, ich habe eine entsprechende Eingabe vor Jahren gemacht, wo ich verlangt habe, dass man diese Gemeindefusionen unterstützen und fördern soll. Wenn heute noch viel von Gemeindeautonomie geredet, und ich möchte fast sagen geschwärmt wird, dann ist das weit neben der Realität. Wenn

wir uns die Autonomien vorstellen, die die Gemeinden noch vor 150 Jahren hatten, als sie gegründet wurden. Damals konnte noch jede Gemeinde für sich entscheiden, was sie mit ihrem Wasser macht, was sie mit ihrem Wald macht, wo sie das Vieh hintreibt, wie sie baut. Dies alles konnte die Gemeinde entscheiden. Sie konnte auch entscheiden, wo sie das Geld ausgeben wollte. Heute ist das alles nichts mehr. Heute entscheidet der Kanton, der Bund oder die Rechtsprechung. Die Zeiten der grossen Autonomie sind also vorbei. Sie ist faktisch gar nicht mehr vorhanden. Ich glaube in einer Umgebung die sich entwickelt, wir sehen das in der Wirtschaft in jedem Bereich, in der Politik, müssen auch die Gemeinden, die letztendlich auch Wirtschaftsunternehmen sind, sich entwickeln und die Dynamik mitmachen. Ansonsten versteuern diese zu Fossilien.

Ich bin froh, dass man hier aus Vernunftgründen eingesehen hat, dass das sinnvoll ist, dass man eine Fusion gemacht hat. Ich glaube, das spielt in Zukunft bei jeder Fusion eine Rolle. Für jede Gemeinde gibt es eine politische Komponente, eine betriebswirtschaftliche Komponente und schliesslich auch eine kulturelle Komponente. Bei Fusionen spielen alle diese Komponenten mit. Ich selber, ich war viele Jahre Gemeindepräsident, habe natürlich vor allem auch die betriebswirtschaftliche Komponente im Kopf. Diese Überlegungen werden auch bei jeder Gemeinde je länger je mehr spielen. Die Kleingemeinden haben auch Zukunft, wenn sie auf irgend einer dieser Komponenten stark sind.

Es wurde auch heute gesagt, dass viele Gemeinden schon zusammenarbeiten. Die Logistik ist heute eine andere, hat sich weiterentwickelt. Schauen Sie sich die Kläranlagen an, die man gemeinsam macht, die Schulen, die man gemeinsam hat, die Mobilität, die früher vielleicht ein Grund war für eine eigene Gemeinde, weil die andere ein oder zwei Kilometer entfernt war. Das spielt heute keine Rolle mehr. Die Information, die früher auch massgebend war für eine eigene Gemeinde, ist heute mit unserer Telekommunikation gegeben. Die Gesetze und so weiter kann die Gemeinde nicht mehr selber machen. 80 Prozent bis 90 Prozent aller Gesetze kommen vom Bund und vom Kanton. Da spielt sehr vieles zusammen, sodass diese Gemeindeautonomie eben faktisch gar nicht mehr vorhanden ist, bzw. nur noch in sehr wenigen Bereichen.

Letztendlich habe ich gesagt, ist jede Gemeinde ein Wirtschaftsunternehmen und muss sich auch frei entwickeln können. Das haben diese Gemeinden gemacht. Ich habe mit Interesse gehört, dass Grossrat Heinz, der sich insbesondere immer für Kleingemeinden eingesetzt hat, auch gesagt hat, er hätte etwas dabei gelernt. Das scheint mir auch schon wichtig. Was ich aber noch nicht gehört habe und das ist auch noch massgebend für die zukünftigen, für andere Gemeinden, die sich auch mit dieser Frage beschäftigen, was für finanzielle Konsequenzen diese Fusion für die einzelnen Bürger und Einwohner dort hat. Was für Verbesserungen und was hat das für den Kanton für Konsequenzen. Das wäre sicher auch noch wichtig.

Schlussendlich möchte ich auch den Gemeinden zu ihrem Schritt gratulieren. Das ist ein Schritt in die Zukunft, denn wir brauchen starke Gemeinden. Wir brauchen vor allem starke Gemeinden, die selbständig sind und die sich auch wehren können. Das bedingt natürlich, dass man sich zusammment, wo man Gemeinsamkeiten hat, und auch nur dort, wo man Gemeinsamkeiten hat. Aber das haben immer mehr Gemeinden heute.

*Feltscher:* Freude herrscht über die Eingemeindung Suraua. Freude über das eindeutige Resultat, Uors-Peiden mit 100 Prozent, Camuns mit 93 Prozent, Surcasti mit 92 Prozent und Tersnau mit 77 Prozent Zustimmung. Freude, dass die Wiedervereinigung der Gemeinden ohne Zwang erfolgte. Behörden und Bevölkerung haben das Zusammengehen in einem moderierten Prozess selbst erarbeitet. Freude über die Signalwirkung: Wiedervereinigungen von Gemeinden sind nach dem Erfolg im Lugnez kein Tabuthema mehr. Ich freue mich persönlich, weil ein Projekt an das wir vor zwei Jahren mit viel Enthusiasmus aber auch mit viel Respekt herantraten, erfolgreich abgeschlossen wurde. Kollege Zegg hat gefragt, was denn die anderen Gemeinden aus diesem Prozess lernen können und ich erlaube mir als Projektleiter ein paar Aspekte herauszugreifen um aufzuzeigen was allenfalls für solche Prozesse wichtig sein könnte. Ich durfte diesen Prozess als Moderator begleiten. Ich wurde in meiner Fraktion als Fusionsmanager bezeichnet. Ich möchte diesen Begriff weit von mir weisen. Ich war Moderator dieses Prozesses und vielleicht am Rande noch wissenschaftlicher Berater. Ich konnte also diesen Prozess begleiten und möchte einfach in ganz geraffter Form ein paar Erkenntnisse zusammenbringen. Ich mache das stichwortartig, damit es nicht zu lange wird. Interessierte dokumentiere ich gerne schriftlich. Erwarten Sie aber hier keine Kalkulationen finanzieller Art von meiner Seite, die kann man hier im Rat nicht machen, sondern die kann man in einem Gespräch allenfalls ausführen. Es wäre zu kompliziert hier mit Zahlen zu hantieren.

Der Begriff Fusion ist als Folge der Elefantenhochzeiten in der Wirtschaft negativ belegt. Also sprechen wir auch nicht von Fusionen, denn dieser Begriff wird dem Stellenabbau, der Anonymisierung gleichgesetzt. Bei einem Zusammenschluss von Kleinstgemeinden mit weniger als 100 Einwohner gelten diese Attribute sicher nicht. Vor allem findet hier eben ein Rückführungsprozess in Richtung Gerichtsgemeinden statt, wie das auch schon erwähnt wurde. Warum Kleingemeinden Kooperationen prüfen sollten, will ich hier nicht weiter analysieren. Das hat Kollege Zegg sehr überzeugend gemacht. Ich gehe deshalb direkt zum nächsten Punkt weiter. Unter welchen Voraussetzungen gelingen denn solche Kooperationsprozesse? 1. Es ist wichtig, wenn im Kultur- und Schulbereich bereits gewisse Kooperationen bestehen. Das ist eine wichtige Voraussetzung. 2. Wenn die finanziellen Unterschiede nicht zu gravierend sind oder, und das ist wichtig, von Aussen ausgeglichen werden können. 3. Wenn in den politischen Behörden der Wille zur Kooperation vorhanden ist. 4. Wenn die in den Wiedervereinigungsprozess, involvierten Behörden ihre politischen Interessen hinter das Gemeinwohl stellen. 5. Wenn es in der Bevölkerung Multiplikatoren gibt, das heisst anerkannte Personen, die sich für eine Wiedervereinigung einsetzen und auch entsprechende Überzeugungsarbeit leisten.

Warum haben jetzt die Suarauer dieser Fusion oder dieser Wiedervereinigung so überzeugend zugestimmt? Kulturell sind diese vier Gemeinden, wie bereits gesagt wurde, bereits eng verbunden. Insbesondere über gemeinsame Vereine. Fast alle öffentlichen Aufgaben werden bereits heute gemeinsam gelöst, die finanziellen Unterschiede sind klein, und diese vier Gemeinden haben erkannt, dass sie als Kleinstgemeinden mit weniger als 100 Einwohner langfristig Existenzprobleme haben werden; nicht im Moment, das ist die Weitsicht der Behörden, denen ich hier gratuliere. Die vier Gemeinden funktionieren heute bestens. Es ist nicht so, dass ihre Behörden zum Beispiel nicht besetzt sind, sondern sie funktionieren bestens. Aber mit der Weitsicht, dass man langfristig

nicht existieren kann, haben sie diesen Prozess aufgenommen.

Die Bevölkerung, und das ist ein weiterer wichtiger Aspekt, warum dass es in Suraua geklappt hat, wurde regelmässig informiert. Wir sagen: „Drei Monate ohne Information ist ein Fehler.“ Es wurde über alle Probleme immer offen kommuniziert. Ich möchte den Lugnezern auch hier ganz klar attestieren, dass sie sehr weltoffen sind. Das Team, bestehend aus den Gemeindepräsidenten und dem Kreispräsidenten, hatte eine ausgezeichnete Streitkultur. Kollege Heinz, wir waren nicht unbedingt immer nur nett zueinander, aber wir sind immer politisch sehr kollegial miteinander umgegangen. Dieses superoffene Klima war die beste Grundlage für diese Verhandlungen.

Es können aber auch Probleme auftauchen, bzw. Nachteile in einem solchen Prozess erkannt werden. Probleme, die hier aufgetaucht sind, sind zum Beispiel die folgenden: 1. Die Zentralisierung führt zu kleinerem Engagement der Bürger. Aus früheren Zusammenschlüssen wissen wir aber, vor allem aus anderen Kantonen, dass dies am Anfang vielleicht der Fall sein kann, dass aber sich die Einwohner relativ rasch, wenn das Gebilde funktioniert, sich eben als Einwohner der neuen Gemeinde fühlen. 2. Mit der Zusammenlegung der Kanzlei gehe die Bürgernähe verloren. Dieser unbestrittene Nachteil kann aber auch durch gewisse Massnahmen aufgefangen werden, so zum Beispiel durch Hausbesuche. Die Kunden haben auch längere Öffnungszeiten und eine kompetentere Bedienung als Vorteil. Dann wird auch vorgeworfen, dass bestehende Teilzeitstellen verloren gehen. Dafür entstehen zum Teil neue, vollamtliche Stellen im Verwaltungs- oder im Werkbereich. Eine Aufteilung der Kanzleistelle ist zudem auch denkbar, wenn dieses Modell für die Region und für diese Gemeinden als sinnvoll erscheint. Vollamtliche Stellen seien teurer als Teilzeitstellen wird oft auch behauptet. Das kann zum Teil in der Einstufung richtig sein, dafür gibt es auch Einsparungen in Folge von Synergieeffekten, von einer statt mehreren Verwaltungen. Es werden dann nur noch einmal Sitzungen abgehalten, es werden nur einmal Gesetze erlassen und es wird nur eine Buchhaltung geführt anstatt vier wie bis anhin. Hier kann man auch einen gewaltigen Synergieeffekt erwarten. Und dann wird jeweils noch gesagt, man müsse bei einer Fusion einen Riesenaufwand betreiben mit neuen Gesetzen. Ich weiss, dass die vier Gemeindepräsidenten hier ihre Gesetze heute Nachmittag gerade auf den letzten neusten Stand gebracht haben, damit sie im Dezember ihre Gemeinde gründen können. Es ist nicht so, dass man alle Gesetze am 1. Tag der neuen Gemeinde bereits auf dem neuen Stand haben muss. In erster Linie muss die Verfassung und das Steuergesetz vorhanden sein. Bei anderen Gesetzen hat man auch eine gewisse Zeit, eine Übergangsfrist, um diese noch anzupassen.

Was sind die Vorteile, die Chancen, die ein Zusammenschluss bringen? Hier wurde schon einiges aufgezählt, deshalb nur noch ganz stichwortartig. Langfristig sind Kosteneinsparungen zu erwarten. Vielleicht nicht ganz kurzfristig und zwar im Raumplanungsbereich, bei den Ortsplanungen, Gesetzgebungen, bei Bauten usw. Die Betreuung der Bürger wird professioneller. Es findet eine drastische Reduktion von Behörden- und Funktionärstellen statt. Wenn Sie Zahlen hören, dass es in Gemeinden mit 300 Einwohner etwa 124 Funktionäre gibt, und das ist im Bereich der vier Gemeinden der Fall gewesen, dann können Sie sich hier vorstellen, was das bedeutet.

Unter welchen Voraussetzungen erfolgen also Kooperationsprozesse? Die Bevölkerung muss, nach Erfolg der Analyse-

arbeiten, regelmässig und professionell informiert werden. Mit der Bevölkerung muss mehrmals kommuniziert werden. In Suraua fanden vier Informations- und Kommunikationsanlässe statt. Es wurden zwei Dorfzeitungen herausgegeben, eine Volksvernehmlassung und drei Pressekonferenzen wurden durchgeführt. Die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gemeinden müssen informiert und auch integriert werden. Dann ist es wichtig, dass die Bevölkerung das Vertrauen in das Projektteam hat. Die Auswahl der Projektmitglieder ist sehr entscheidend. Ich kann den vier Gemeindepräsidenten aus diesen vier Gemeinden attestieren, dass sie eben diese Kommunikatoren, Mobilisatoren waren. Sie waren anerkannt und haben deshalb das Projekt auch voranbringen können. Dann sollte ein solches Projektteam auch mit einem moderierten Ansatz arbeiten, der darin besteht, dass der Projektleiter nicht die Gruppe lenkt, sondern nur coacht und allenfalls wissenschaftlich berät. Das muss eben von unten kommen, wie schon betont wurde, und nicht von aussen. Die Gruppe bringt ihre Ideen, ihr Wissen und ihre Vorstellungen selbst ein und entscheidet auch selber. Das Projektteam muss aber auch persönliche Nachteile und Veränderungen von politischen Machtverhältnissen durch Zusammenschlüsse erkennen und darauf eingehen. Ich möchte also abschliessend, mit einem tränenden und mit einem lachenden Auge sagen, dass ich eine der schönsten Arbeiten in meinem Leben abschliesse. Ich wünsche der neuen Gemeinde Suraua viel Erfolg, ihren Einwohnern wünsche ich, dass sie sich in ihrer Gemeinde wohlfühlen und allen Skeptikern von Gemeindenreformern rufe ich zu: Und es bewegt sich doch.

*Davaz:* Als Vertreter der Bündner Herrschaft möchte ich zur Fusion der vier Gemeinden, zur Gemeinde Suraua herzlich gratulieren. Der Weinbauverein Bündner Herrschaft teilt die Freude dieser Liebesheirat und stellt sich als Sponsor des Festweines gerne zur Verfügung. Ich hoffe aber, dass aus sponsortechnischer Sicht, die Fusionen in Zukunft trotzdem nicht überhand nehmen werden.

*Caviezol:* Nur eine kurze Bemerkung zu Grossrat Telli. Brücken verbinden, Tunnels auch. Flims und Trin können bei der Eröffnung des Tunnels fusionieren, aber ohne Finanzbeitrag. Der Tunnel hat genug geschluckt.

*Demarmels:* Eine kurze Frage. Handelt es sich hier um eine Fusion der politische Gemeinden und der Bürgergemeinden? Ist mein Kollege, der bis jetzt Bürger von Surcasti war oder von Tersnau besser gesagt, nachher Bürger von Suraua?

*Heinz:* Ab und zu wurde mein Name erwähnt. Ich weiss nicht wieso, aber ich sage jetzt gleich noch einen Spruch dazu: Wichtig ist nicht was man selber sagt und meint, wesentlich ist die Botschaft, welche man auch so hinüberbringt. Die Botschaft entsteht beim Empfänger.

*Regierungsrat Huber:* Ich habe vorerst Antworten zu geben. Herr Demarmels: Ja. Herr Telli will mehr Transparenz bei den Zahlen. Die Antwort haben Sie bekommen. Falls die Ursache für diese Transparenz ein Fusionsprojekt Trins-Flims sein soll, dann werden die 13 Millionen Franken bei diesem Vorhaben sicher nicht erreicht. So viel kann ich, ohne Unterlagen zu haben, sagen. Dann die Frage betreffend des Namens. Es ist tatsächlich so, Surava und Suraua heisst das Gleiche. Es wird anders geschrieben, aber Suraua ist nicht eine Kopie von Surava, sondern es ist eine angewendete Bezeichnung in dieser Region für dieses Gebiet. Sie ist histo-

risch und die Bevölkerung identifiziert sich mit diesem Namen. Ich schliesse nicht aus, dass die Namen verwechselt werden. Ich habe das hier versucht, und ich habe bei meiner Schrift manchmal Mühe, diese zwei Namen dann zu unterscheiden. In den entscheidenden Situationen, wie beispielsweise bei der Post, wird es keine Verwechslung geben. Die bisherigen Postleitzahlen bleiben für die Fraktionen bestehen. Die Regierung hat diese Vereinigung genehmigt und hat auch beim Bund das Gesuch um Genehmigung der Namensgebung bereits eingereicht. Sollte sich einmal zeigen, dass ein Namenszusatz tatsächlich notwendig wäre, dann könnte man diesen Zusatz immer noch nachreichen. Wir meinen, dass das, auch nach Beurteilung vor allem der Nomenklaturkommission, nicht notwendig ist.

Ich schliesse mich all den übrigen Voten an; mit all dem Guten was gesagt wurde. Ich stelle fest, dass niemand im Rat das Projekt Suraua bestreitet, niemand im Rat hat etwas dagegen, wenn weitere gute Projekte folgen und niemand im Rat hat etwas dagegen, dass das Departement und die Regierung diese Thematik weiter verfolgen. Ich habe auch nicht festgestellt, dass wir beispielsweise solche Projekte in Zukunft nicht mit einer gewissen Hartnäckigkeit verfolgen dürfen, und dass wir dabei auch unsere Mitarbeiter weiterhin einsetzen dürfen, die naturgemäss an Bürotischen arbeiten, aber von dort aus durchaus gute Arbeit miteinbringen.

Wir haben ja auch das Postulat Zegg. Das tragen wir im Rucksack weiter mit uns und das hat ja der Rat nicht abschreiben wollen. Wir nehmen an, dass wir diese Aufgabe weiterhin hätten. Ich danke meinerseits in erster Linie den vier Gemeindepräsidenten, die jetzt diese Diskussion hier mitverfolgt haben, für ihre ausserordentlich gute Arbeit. Sie wurden begleitet von einem Team von, ich sage jetzt das Wort Beratern, von Mitarbeitern aus dem Departement, aber auch von aussen, wie beispielsweise von Herrn Feltscher. Das Projekt hat nämlich auch zu einem Projekt geführt, das anlässlich der Kommissionssitzung harte Gegner und Kritiker von Fusionen zu kritischen Befürwortern gemacht hat. Für diese Arbeit danke ich Ihnen. Ich wünsche der Gemeinde Suraua, dass sie weiterhin Wurzeln schlägt und dass diese Wurzeln halten. Ich wünsche ihr alles Gute für die Zukunft. Ich nehme an, dass Sie den Beschlüssen anschliessend in der Detailberatung zustimmen und schliesse damit mit meinen Ausführungen.

*Battaglia*, Kommissionspräsident: Nur kurz, mein Nachbar sagte, es wäre meine Aufgabe gewesen dafür besorgt zu sein, dass jemand gegen die Fusion wäre, so dass die Diskussion interessanter gewesen wäre. Wir sehen, dass die Vorlage nichts Weltbewegendes beinhaltet und trotzdem trifft es viele am Nerv. Aus allen Voten können wir entnehmen, dass die Fusion unterstützt wird. Kollege Zegg möchte ich nur etwas sagen: Die grossen Möglichkeiten an betriebswirtschaftlichen Komponenten sind mit einzubeziehen, aber bei den Kleinstgemeinden fehlt das Umfeld für die betriebswirtschaftlichen Komponenten. Da müsste man an die Benzinzollvorlage vielleicht überlegen.

*Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.*

### **Detailberatung**

Dem Antrag der Kommission und der Regierung, wonach die Gemeinden Camuns, Surcasti, Tersnaus und Uors-Peiden im Sinne von Art. 87 des kantonalen Gemeindegesetzes zu

einer neuen Gemeinde Suraua vereinigt werden, wird mit 82 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Dem Antrag der Kommission und der Regierung, wonach dieser Beschluss am 1. Januar 2002 in Kraft tritt, wird mit 82 zu 0 Stimmen zugestimmt.

*Battaglia*, Kommissionspräsident: Im Namen der Kommission möchte ich den besten Dank aussprechen. In erster Linie danke ich Regierungsrat Huber, dass er sich die Zeit genommen hat um an der Kommissionssitzung an Ort und Stelle, in den Dörfern, teilzunehmen. Dann danke ich den Herren Aliesch, Departementssekretär, und Heisch, Chef des Gemeindeinspektorates ganz herzlich für die Bereitstellung der Unterlagen. Ich danke allen Kommissionsmitgliedern für die gute Mitarbeit.

Jeu engraziell als presidents dallas vischnauncas da Camuns, Surcasti, Tersnaus ed Uors-Peiden ed a quels che fan egl avegnir la lavur per il beinstar dalla vischnaunca da Suraua. Tut il bien alla nova vischnaunca Suraua!

### **Bericht über die zukünftige Entwicklung und Durchführung des World Economic Forum (WEF) in Davos (Begleitbericht der Regierung und Bericht Arbenz)** (Botschaftenheft Nr. 6/2001-2002, S. 283)

*Schmid (Splügen)* Kommissionspräsident: Den Bericht über die zukünftige Entwicklung und Durchführung des World Economic Forum WEF in Davos, Begleitbericht der Regierung und Bericht Arbenz, finden Sie im Heft Nr. 6, 2001 bis 2002. Den Bericht der Kommission und die Anträge haben Sie auf dem rosaroten Blatt erhalten.

In der Januar-Session 2001 haben Grossrat Pfenninger und Mitunterzeichner mit einem Postulat die Regierung eingeladen, dem Rat einen Bericht über die zukünftige Entwicklung und Durchführung des WEF in Davos zu unterbreiten und darin zu zahlreichen im Postulat aufgeführten Bereichen Ausführungen zu machen. Es ging unter anderem um Fragen im Zusammenhang mit der Bewegungs- und Reisefreiheit, der Wahrnehmung und Respektierung der demokratischen Grundrechte, der Förderung des Dialogs zwischen sogenannten NGO's und dem WEF, der rechtlichen Situation betreffend Transportauftrag der RhB und Strassensperrungen, der Verhältnismässigkeit der Polizeiarbeit, der Verbesserung der Öffentlichkeits- und Medienarbeit, der finanziellen Belastung der öffentlichen Hand, der ungestörten Durchführung anderer Veranstaltungen in Davos während des Jahrestreffens und um Imagefragen im Zusammenhang mit diesem Anlass für Graubünden. Die Regierung erklärte sich in der Beantwortung des Postulats Pfenninger am 27. Februar 2001 bereit, im Rahmen der bereits eingeleiteten Aufarbeitung des WEF 2001 einen Bericht über die zukünftige Entwicklung und Durchführung zu erarbeiten.

Ende Februar 2001 erteilte der WEF-Ausschuss der Bündner Regierung Peter Arbenz und einer Projektgruppe den Auftrag mit der Ausarbeitung eines Berichtes über das WEF 2001 und dessen Zukunft. Am 18. Juli 2001 lieferte Peter Arbenz der Bündner Regierung eine provisorische Berichterstattung und im August den definitiven Bericht ab. Heute haben wir über den Bericht Arbenz zu befinden und es liegen auch der nach Ablieferung dieses Berichtes erstellte Begleitbericht der Regierung und die von ihr vorgeschlagenen Empfehlungen und Massnahmen vor.

In Absprache mit dem Standespräsidium wollen wir, sofern dagegen keine Einwände erhoben werden, die Beratung wie folgt führen: Zuerst sollen gemeinsam der Bericht Arbenz, das heisst die Seiten 307 ff. der Botschaft und der aufgrund dieser Ausführungen von der Regierung erstellte Begleitbericht auf den Seiten 283 ff. zur Diskussion gestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass der Grosse Rat diesen Bericht zum WEF formell allein „zur Kenntnis“ nehmen kann, weil es sich um einen Bericht der Regierung handelt. Formell ist gleichzeitig vorweg über die Eintretensfrage zu entscheiden. In Bezug auf den Bericht kann jedoch keine eigentliche Detailberatung stattfinden. Nach dem Eintreten auf den Bericht über die zukünftige Entwicklung und Durchführung des WEF hat der Grosse Rat im Sinne einer Detailberatung, die von der Regierung beschlossenen Massnahmen zu diskutieren und diese zur Kenntnis zu nehmen. Zu den Empfehlungen und Anträgen der Kommission ist im Detail unter diesem Traktandum Stellung zu nehmen. Dabei können selbstverständlich auch Fragen gestellt, Anregungen sowie konkrete Anträge aus der Ratsmitte eingebracht werden. Wir werden diese Beschlüsse ziffernweise durchberaten.

Zum materiellen Inhalt. Bisher hat jährlich in Davos, seit über 30 Jahren, das Annual Meeting des World Economic Forum stattgefunden. Nachfolgend spreche ich der Einfachheit halber vom WEF. Es handelt sich um einen in seiner Art einmaligen Anlass auf dieser Welt, in dem er führenden Persönlichkeiten eine Plattform für die Diskussion aktueller, politischer, wirtschaftlicher, humanitärer und kultureller Fragen bietet. Davos, Graubünden und die Schweiz standen denn bisher auch jährlich Ende Januar im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. In den letzten zwei Jahren führten kritische Haltungen gewisser Bevölkerungskreise gegenüber dem WEF und den dort thematisierten Anliegen dazu, dass neben den Inhalten vermehrt Sicherheitsfragen in den Mittelpunkt des Interesses rückten und damit auch Kostenfragen. Leider waren auch gewalttätige Ausschreitungen zu verzeichnen. Fragen der öffentlichen Sicherheit, der Respektierung der Grundrechte, der Durchführbarkeit des Anlasses in Davos unter Einbindung kritischer Kräfte dominierten in der Folge die öffentliche Diskussion. Zudem nahm weltweit das Ausmass an Gewalt und Zerstörung bei anderen Veranstaltungen zu. Mit Betroffenheit mussten die Bilder vom nicht direkt vergleichbaren G-8-Gipfel in Genua vom 20. bis 22. Juli 2001 zur Kenntnis genommen werden.

In den Sommermonaten und dann erst recht gegen den Herbst dieses Jahres zu, intensivierte die Verwaltung und dabei insbesondere auch das Polizeikommando die Arbeit für die nächste Durchführung des WEF im Jahre 2002. In der Zwischenzeit hiess unser Rat in der Oktobersession den Nachtragskredit im Zusammenhang mit den Zusatzkosten zum WEF 2001 gut, wobei dort auf eine eigentliche Diskussion und breite Meinungsäusserung von Seiten des Parlamentes verzichtet wurde. Dieses sollte nach dem Willen der Mehrheit des Parlamentes während der Beratung des WEF-Berichtes stattfinden, denn dann würden die entsprechenden Diskussionsgrundlagen auf dem Tisch liegen. Diese Diskussion sollen und wollen wir nun heute ~~führens~~ nur rudimentär dargestellten Umfeld, die weiteren Informationen können aus der Botschaft entnommen werden, startete die Kommission ihre Arbeit. Sie ging in dieser Phase davon aus, dass das WEF 2002 in Davos grundsätzlich durchgeführt werden könnte. Sie traf sich am 1. und 2. November in Anwesenheit der Regierungsräte Engler und Huber zu den ersten Sitzungen. Um sich einen umfassenden Überblick über die sich stellenden Probleme verschaffen zu

können, führte sie insgesamt sechs sogenannte Hearings mit verschiedenen Interessengruppen und Experten durch.

Professor Bieger von der Universität St. Gallen informierte über den volkswirtschaftlichen Nutzen des Annual-Meetings des WEF. Er wies insbesondere darauf hin, dass dieser Anlass für die Vier- und Fünfsternehotellerie von grosser Wichtigkeit sei und dass die Werbewirkung des Anlasses als praktisch nicht bewertbarer Faktor immens gross sei. Die sogenannten „intangiblen Effekte“ seien nicht zu unterschätzen. Zudem lasse sich feststellen, dass im weiter entfernten Ausland praktisch keine negativen Medienmeldungen zu verzeichnen gewesen seien. Diese negativen Berichte über Ausschreitungen in Zusammenhang mit dem WEF seien überwiegend in den nationalen Medien publiziert worden. Deshalb könnte die nationale und internationale Medienpräsenz bei der Frage nach dem Image von Davos im Zusammenhang mit dem WEF nicht verglichen werden.

Von der Organisation WEF selbst wurde der Direktor André Schneider eingeladen. Mit ihm wurden Fragen in Bezug auf die Möglichkeiten unseres Kantons auf die Einladungen und das Konzept des WEF, sowie auf die Programmgestaltung Einfluss nehmen zu können diskutiert. Herr Schneider betonte dabei relativ unmissverständlich, dass dies die alleinige Angelegenheit des WEF sei und auch so bleiben müsse. Die Einladungen an völkerrechtlich geschützte Personen würden jedoch insbesondere auf Grund der Sicherheitsproblematik allenfalls mit dem Bund, nicht aber mit dem Kanton Graubünden, abgesprochen. Bei der zeitlichen bzw. terminlichen Planung und Durchführung zukünftiger Veranstaltungen zeigte Herr Schneider Gesprächsbereitschaft, wobei die terminliche Durchführung des WEF eine für die Kommission wichtige Frage darstellte.

Nach dem Gespräch mit dem Vertreter des WEF traf sich die Kommission, wiederum in Anwesenheit der beiden Regierungsräte Huber und Engler, mit den Vertretern globalisierungskritischer Organisationen. Frau Berenz und Herr Bösch von der Vereinigung Pro Natura und Herr Herfeld von der Erklärung von Bern standen der Kommission Red und Antwort. Sie stellten selbst nicht die Existenz des WEF in Frage, weil ihnen damit gleichzeitig mit der Durchführung des WEF auch eine entsprechende Medienplattform geboten würde, sondern sie forderten unter anderem die uneingeschränkte Durchführung ihrer Veranstaltungen und Kongresse zum gleichen Zeitpunkt in Davos. Sie wurden auch eingehend zur Idee der Gründung einer Trägerschaft „Spirit of Davos“ befragt und bemängelten an diesem Konzept, dass es vom WEF getragen und finanziert werde, und dass deshalb die notwendige Unabhängigkeit nicht gegeben sei. Sie seien nicht gegen den Dialog mit der Wirtschaft, aber gegen den Dialog mit dem WEF. Sie übten Kritik am Bericht Arbenz wegen der Unterscheidung zwischen gewalt- und dialogbereiten Personen.

Im weiteren führte die Kommission mit Mitgliedern des sehr heterogen zusammengesetzten Oltener-Bündnis Gespräche. Nationalrätin Hollenstein, Herr Angst und Herr Bota forderten insbesondere die Möglichkeit einer Demonstration in Davos und die Wahrnehmung ihrer Grundrechte. Sie sprachen sich zwar gegen Gewaltanwendungen aus, stellten aber auch grundsätzlich die Existenzberechtigung des WEF in Frage. Sie haben aber ausdrücklich den Wunsch geäussert, dass mit den Behörden eine Kooperation aufgenommen werden sollte. Zudem wurde die Möglichkeit eines Demonstrationenskonsenses eingehend diskutiert und als erreichbar erklärt. Letztere Organisationen stellten sich jedoch klar gegen die Teilrevision der KAPO-Verordnung, es bestehe damit der

Verdacht, dass der Polizei freie Hand gegeben werde. Dazu werden wir nach der Beratung des Bericht Stellung nehmen können.

Dann kam erst die überraschende Wende in der Kommissionsarbeit. Die Kommission selbst musste aus den Medien, nach den ersten beiden Sitzungen erfahren, ohne dass sie eine Vorahnung gehabt hätte, dass das WEF Davos 2002 mangels Gewährleistung der Sicherheit in New York stattfinden werde. Die Kommission musste ebenfalls im Nachhinein erfahren, dass die erforderlichen Sicherheitskräfte der anderen Kantone nicht zur Verfügung gestanden hätten. Durch diese überraschende und unerwartete Wende stellte sich die Frage der Fortsetzung der Arbeiten. Einhellig beschloss die Kommission, dass mit der Beratung des Geschäfts fortgefahren und mit Nachdruck der Blick in die Zukunft gerichtet werden soll. Diese Aufgabe stellt sich auch dem Grossen Rat. Es geht weniger um Vergangenheitsbewältigung, als viel mehr um die Zukunft dieses Anlasses in Graubünden. Peter Arbenz stand der Kommission ebenfalls als Experte zur Verfügung. Aufgrund der zwischenzeitlichen Entwicklung konzentrierte sich das Gespräch auf mögliche Entwicklungsszenarien, wie im Bericht auf Seite 368 der Botschaft beschrieben. Peter Arbenz bekräftigte in der Idee des Spirit of Davos die Möglichkeit zu sehen, den Dialog zu eröffnen. Es würde Hoffnung bestehen, dass dieses Projekt gelingen könnte, sofern das politische Engagement vorhanden sei und ein neutraler Moderator eingesetzt werde. Für alle fairen Leute, so betonte er, müsste dies ein Ansatz sein. Es müsse jedoch eine politische Erneuerung gelingen, um von den anderen Kantonen und Städten die polizeilichen Kräfte zu bekommen. Kurz zusammengefasst geht es eben darum nicht mit Pflastersteinen, sondern mit Argumenten zu politisieren. Das setzt Dialogbereitschaft voraus.

Im Nachgang zu diesem Gespräch liess sich die Kommission vom Polizeikommandanten Reinhardt und seinem Stabschef der Kripo Graubünden, Herrn Accola über die Möglichkeiten der Durchführung einer Demonstration in Davos informieren, ohne aber die operativen Details aufzugreifen. Das wäre ohne nicht Aufgabe des Grossen Rates. Aus Sicht der Kantonspolizei wurde bestätigt, dass terminliche Anpassungen ihrer Arbeit entgegenkommen würden. Es wurde zudem betont, dass auch Gegenveranstaltungen polizeilichen Schutz benötigen würden und mit den Organisatoren auch schon Gespräche aufgenommen worden seien. Leider müsse aber damit gerechnet werden, dass sich in jedem Fall ein kleiner Teil von Chaoten nicht an den Demonstrationkonsens halten würde. Die Durchführung des WEF 2003 würde eine besondere Herausforderung für die Polizei darstellen, weil nur kurze Zeit später die Ski-WM in St. Moritz stattfinden würde.

Im Wissen, dass sich die Kommissionsarbeit alleine auf das Jahre 2003 ff. auswirken wird, beschloss die Kommission, auf den Bericht einzutreten und vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Die Kommission sprach sich einstimmig für die Weiterführung des WEF 2003 in Davos aus. In diesem Sinne soll jetzt Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gelegenheit gegeben werden, dass Sie zum Bericht Arbenz und dem Begleitbericht der Regierung Stellung nehmen. Die Beschlüsse der Regierung auf Seite 302 und Seite 303 sowie die Ihnen in diesem Zusammenhang unterbreiteten Erklärungen sollen nach Auffassung der Kommission nach Kenntnisnahme des Berichtes Diskussionspunkt bilden. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen Eintreten und Kenntnisnahme des Berichtes.

*Demarmels:* Der Ort der Durchführung des WEF 2002 ist bekannt und alle, die Gemeinde Davos, der Kanton und der Bund sind nicht unglücklich über die getroffene Lösung für das Jahr 2002. Uns sollte aber heute die Frage beschäftigen: Wo und wie soll das WEF 2003 stattfinden? Ich denke, dass wir die Gelegenheit wahrnehmen und uns dafür einsetzen müssen, dass das WEF 2003 und folgende in Davos stattfinden. Warum? Ich nenne drei Gründe:

1. Die Bedeutung des WEF. Das WEF ist im Laufe der vergangenen 30 Jahre zu einem Anlass von nationaler Bedeutung geworden. Die Landesregierung erhält mit dieser Veranstaltung in Davos eine wichtige Plattform um politische Akzente zu setzen. Wir können es uns nicht leisten, solche Veranstaltungen aus den Händen zu geben und damit müssen wir auch Signale aussenden, dass das WEF bei uns willkommen ist. Wo Gespräche stattfinden, besteht die Chance auf Veränderungen. Das Jahrestreffen des WEF in Davos ist für die Landschaft Davos, für die Region, für den Kanton und für das ganze Land die beste Plattform, Imagepflege, Standortmarketing und Tourismuswerbung zu betreiben sowie wirtschaftliche Kontakte zu knüpfen. In diesem Sinne kann die Bedeutung des WEF nicht hoch genug eingeschätzt werden. Deshalb soll und muss es, meiner Meinung nach, weiterhin in Davos stattfinden und durchgeführt werden können.
2. Einbindung des Bundes. Da es sich inzwischen um eine hochaktuelle nationale Veranstaltung handelt, muss die Einbindung des Bundes forciert werden. In Davos sind immer mehr völkerrechtlich zu schützende Personen anwesend und da rechtfertigt es sich, die Einbindung des Bundes in Sache Übernahme der Sicherheitskosten zu versuchen. Ich bin auch der Meinung, dass wir in dieser Angelegenheit in Bern halboffene Türen einrennen. Aussagen von Bundesrätinnen, Bundesräten und Bundesparlamentariern zeigen, dass der Bund sich für das WEF engagieren will und dass auch Bern der Veranstaltung einen hohen Stellenwert zumisst. Dies gilt es zu nutzen, indem wir der Regierung oder dem WEF-Ausschuss bei den Verhandlungen mit dem Bund in Bezug auf materielle und personelle Hilfe den Rücken stärken.
3. Spirit of Davos. Ein weiterer wichtiger Eckpfeiler für die Unterstützung ist das Spirit of Davos. Durch diese Plattform soll ein Dialog zwischen WEF, Globalisierungsgegnern und Bevölkerung initialisiert werden. Die Einrichtung dieser Plattform soll aber nicht nur ein Lippenbekenntnis sein und bleiben, sondern es müssen Taten folgen und darum fordert die Vorberatungskommission, dass der Kanton eine Million dafür zur Verfügung stellt. Die Bereitschaft der Regierung sehen wir, dass sie für das Jahr 2002 bereits 200'000 Franken dafür zur Verfügung stellt. Wir erwarten selbstverständlich auch von anderen Kreisen, wie von der Gemeinde oder Landschaft Davos, vom Bund und vom WEF, dass sie diese Plattform in gleicher Art und Weise unterstützen.

Von den gesprochenen Hearings, die der Kommissionspräsident angesprochen hat, ist mir eine leise Hoffnung angekommen, dass ein Dialog nicht ganz unmöglich ist. Und zum Schluss bitte ich Sie noch, folgende Überlegungen bei der Beurteilung der Chancen auf eine Rückkehr der WEF-Veranstaltung in Davos mit einzubeziehen. Das WEF hat auch Medienaufmerksamkeit nötig. Wo hat es Aufmerksamkeit, in New York oder in Davos? Ich denke in New York laufen mehrere solche Veranstaltungen während des Jahres

ab. In New York halten sich mehrmals im Jahre Staatsoberhäupter auf. Wenn der amerikanische Präsident oder andere Staatsoberhäupter aber nach Davos fliegen, sofern sie heute im Moment noch den Mut haben, in ein Flugzeug einzusteigen, so ist das sicher eine Meldung wert, ist das doch sicher medienwirksamer. Darum muss berichtet werden, wo Davos ist, was in Davos passiert und worüber in Davos diskutiert wird. Das Rennen um den Durchführungsort des WEF 2003 ist im Gang und ich denke, wir biegen bereits auf der Zielgeraden ein. Wir befinden uns sicher in einer Poleposition. Geben wir diese nicht leichtfertig durch einen unnötigen Boxenstopp oder ein unmotiviertes Bremsmanöver auf. Steuern wir durch das Ziel mit der Zielflagge vor Augen. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme des Berichtes und bitte Sie, einstimmig den Anträgen und Beschlüssen der Regierung sowie den Zusatzanträgen der Kommission zuzustimmen.

*Pfiffner:* Die Vorberatungskommission des Grossen Rates hat sich intensiv mit dem Bericht Arbenz und ganz speziell mit den von der Regierung gefassten Beschlüssen befasst. An den verschiedenen Sitzungen wurden Vertreter von verschiedenen NGO's, beispielsweise von der Pro Natura, der Erklärung von Bern und vom Oltener-Bündnis eingeladen. Weiter wurden die Herren Schneider, stellvertretender Generaldirektor des WEF und Thomas Biger von der Universität St. Gallen sowie der Verfasser des Berichtes, Peter Arbenz angehört. Die Mitglieder der Kommission konnten den verschiedenen Leuten Fragen stellen und lernten ihre Sichtweise zu einem künftigen WEF kennen.

Für die SP Graubünden war der Entscheid von Herrn Schwab, das WEF im 2002 in New York abzuhalten, eine gute und richtige Entscheidung. Dieses Time out gibt uns die Zeit, ein künftiges WEF in Davos vorzubereiten und eröffnet jetzt klar die Möglichkeit, die von der Regierung geforderten Beschlüsse anzupacken und die Ergänzungen der Kommission einzubringen und auch durchzusetzen. Es steht ausser Zweifel, dass, sollte das WEF 2003 in Davos stattfinden, die Rahmenbedingungen stimmen müssen. Dazu gehört die Einsetzung einer Trägerschaft, die von der Regierung bzw. des Kantons ausgehen soll. Die Finanzierung dieser Trägerschaft, dem Spirit of Davos, muss von der öffentlichen Hand ausgehen. Das WEF und der Bund müssen sich daran beteiligen. Die Trägerschaft muss breit abgestützt sein. Ohne die Möglichkeit für andere Gruppierungen, die sich kritisch mit der Globalisierung auseinandersetzen sich parallel dazu in Davos zu äussern, wird es nicht möglich sein, einen Konsens zu finden. Diese kritischen Stimmen möchten gehört werden und sich zu globalen Themen äussern. Auch eine Demonstration in Davos muss bewilligt werden. Verhältnisse wie in diesem Jahr dürfen nicht mehr vorkommen. Dem Bund liegt sehr viel daran, dass das WEF 2003 wieder in Davos stattfindet. Darum muss er auch für die Sicherheit der Bevölkerung, der WEF-Teilnehmer sowie der Globalisierungsgegner und der Demonstranten aufkommen. Der Kanton muss jetzt sofort den Dialog mit den Mitgliedern dieser Trägerschaft aufnehmen und koordinieren. Es braucht die Bereitschaft eines echten Dialogs. Ich bin für Eintreten.

*Trachsel:* Die Vorredner und die Vorrednerin sind auf die Bedeutung des WEF's, die Demonstrationen, die Wirkungen für Davos, die Schweiz und Graubünden schon eingegangen. Was mich eigentlich besonders beschäftigt ist, dass wir aus Sicherheitsgründen einen Kongress nicht durchführen können. Man kann auch feststellen, ein Teil der Demonstranten, der gewaltbereite, hat ihr Ziel erreicht. Das WEF findet in

Davos nicht mehr statt und das beschäftigt mich. Ich würde sagen, wir haben alles daran zu setzen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass das WEF 2003, trotz Ski-WM im Februar, in Davos stattfinden kann. Wenn ich von mir spreche, spreche ich nicht von Graubünden alleine. Mit in der Verantwortung sind die anderen Kantone, Polizeikorps und der Bund. Ich glaube, wenn es nicht mehr möglich ist, auch in schwierigen Zeiten oder gerade in schwierigen Zeiten, in der Schweiz Veranstaltungen durchzuführen, dann nehmen wir eine Aufgabe nicht mehr wahr, die wir eigentlich gegenüber der Welt haben. Dies um so mehr, wenn wir uns dann noch als neutrale Schweiz betrachten. Welche Aufgaben haben wir denn sonst als neutrales Land gegenüber den übrigen Ländern wahrzunehmen? Ich glaube, es ist Aufgabe der Kantone, es ist aber auch Aufgabe des Bundes, alles daran zu setzen, Veranstaltungen, gleich welcher Art, in der Schweiz zu ermöglichen. Alles andere würde für mich Kapitulation bedeuten. Wenn es mit den heutigen Strukturen nicht möglich ist, dann nehme ich ein Wort von Regierungsrat Huber auf, dann braucht es die Bundespolizei, wie einmal Bundesrat Furger vorgeschlagen hat und die dann das Schweizer Volk abgelehnt hat.

Ich glaube, dass wir in dieser Welt Aufgaben zu übernehmen haben. Wir dürfen nicht immer alles nur finanziell abwägen. Ich glaube hier, gerade nach dem 11. September, geht es um viel mehr, als ob das WEF direkt oder indirekt rentiere bzw. um die Frage, ob wir da etwas profitieren können oder nicht. Hier geht es darum, etwas sicherzustellen, dass sich Leute treffen können, die miteinander sprechen wollen, die die Probleme dieser Welt besprechen wollen.

Ich bin auch der Meinung, dass man einmal davon absehen muss, welche Grundideen diese Leute haben. Wir müssen doch alles daran setzen, eine bessere Welt zu schaffen, eine Welt wo miteinander gesprochen wird und nicht eine Welt, wo das Gespräch verweigert wird. Dies ist auch eine Aussage an die Demonstranten, die grundsätzlich Gespräche ablehnen. In diesem Sinne begrüsse ich die Idee des Spirit of Davos. Ich bin der Meinung, dass diese Chance im Sinne der Kommission aufgenommen werden soll. Ich will, dass der Kanton hier die Federführung übernimmt, sich finanziell daran beteiligt. Dies, weil Gespräche zu führen, Leute mit unterschiedlichen Meinungen zusammenzuführen doch eine Grundaufgabe dieses Landes ist. Ich glaube, dass die Berichte Arbenz und der Regierung den richtigen Weg aufzeigen. Es liegt aber nun natürlich an allen, an den Befürwortern des WEF's und an den Gegnern des WEF's, diesen Ball aufzunehmen.

Meiner Meinung nach, kann man sich nur auf Grundrechte berufen, die man selbst den ändern auch bereit ist, zu gewähren. Wenn es um eine Abwägung der Grundrechte geht, und hier geht es ja immer um eine Abwägung der Grundrechte, dann haben sicherlich diejenigen mehr Recht, die das Grundrecht der ändern eben auch gewährleisten. In diesem Sinne bin ich für Eintreten und für Kenntnisnahme der Berichte und ich bitte Sie auch, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

*Cavigelli:* Ich möchte mich dreifach zum heutigen Ratsgeschäft äussern. Zumindest eine Bemerkung ist relativ kritisch.

Erstens, ein Wort zur Inszenierung der allgemeinen und gegenseitigen Betrauerung. Zweitens, ein Wort zur Führungsverantwortung für die Zukunft. Drittens, ein Wort zum Weg Spirit of Davos.

1. Die Trauerbeteuerung. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar hervorhalten und hervorheben, dass ich es sehr bedaure, dass das WEF-Jahrestreffen ab dem Jahre 2003 möglicherweise nicht wieder nach Davos zurückkehren wird. Ich bedaure dies, weil das WEF ein ausserordentlich wichtiger Anlass ist und zwar in verschiedener Hinsicht, einerseits politisch, aussenpolitisch vor allem somit für den Bund, andererseits auch ökonomisch für den Bund, vor allem aber für Graubünden und somit auch für uns alle. Ich fürchte, dass wir heute mit der Feststellung, dass das Jahrestreffen 2002, dass dieses Jahrestreffen nicht in Davos stattfindet, dass wir ein Bein des Salontisches verloren haben und wir wissen heute nicht, ob es überhaupt je noch reparierbar sein wird.
2. Die Führungsverantwortung für die Zukunft. Zusätzlich zur Problemstellung, die uns die Globalisierungskritiker auferlegt haben, kommt heute noch ein weiteres hinzu, nämlich die zunehmend kritische Haltung der WEF-Verantwortlichen selber. Sie haben eine Anspruchshaltung eingenommen, zunehmend kommt sie stärker zum Ausdruck, und ich gewinne das Gefühl, dass wir in gewisser Weise, auch dieser Seite gegenüber, erpressbar geworden sind. Wir müssen uns wachrütteln von dieser Erkenntnis, wir müssen nun handeln, wir müssen Führungsstärke zeigen, Offensivcharakter würde ich sogar sagen, vor allem aber auch Durchsetzungswille und schlussendlich auch Flexibilität. Dies alles erfordert einen Krisenmanager mit harter Hand. Es kann sich heute jedermann fragen, auf welchem Niveau dieser Krisenmanager gesucht werden soll. Ich bin der Meinung, dass er auf Kantonebene zu suchen ist, in der Regierung und dort muss es, meiner Meinung nach, Regierungsrat Huber sein. Er muss sich bewusst werden, dass er in einer Krise zu führen hat, und dass sich die Stärke des Managements eigentlich erst in der Krise zeigt. Er darf sich auch bewusst sein, dass er Helfer hat, sehr hochkarätige Helfer, in Personen wie Regierungsratskollegen, zum Beispiel Regierungsrat Engler, ich behaupte sogar Helfer im Bundesrat mit Herrn Couchepin und mit Frau Metzler. Aber schlussendlich müssen die Fäden bei ihm zusammenlaufen. Er muss sie koordinieren, sei das im Vordergrund oder im Hintergrund. Es ist eine grosse, und ich denke auch eine selten, attraktive und spannende Aufgabe.
3. Dies führt mich zur dritten und letzten Bemerkung. Gewissermassen zu einem Memento betreffend den Weg „Spirit of Davos“. Wenn wir heute das Thema WEF-Jahrestreffen diskutieren, so scheint mir eine Präzisierung zur Idee Spirit of Davos in dem Sinne, dass die Idee, diese eigene Trägerschaft zu kreieren für die Globalisierungskritiker gemeinsam mit den Herren und Damen der Grossen Wirtschaft, dass diese Idee mit den Globalisierungskritikern bis heute nicht vorbesprochen worden ist, und zwar nicht einmal im Ansatz. Es war das erste Mal, geschehen während der Hearings durch die Vorberatungskommission, dass diese Gruppierungen die Möglichkeiten hatten, zu dieser Idee Stellung zu nehmen. Was dabei gesagt wurde, ist relativ ernüchternd. In diesem Sinne möchte ich auch den Kommissionspräsidenten nur leicht korrigieren. Selbst die anerkanntermassen nicht militanten Gruppierungen bzw. ihre Vertreter, haben sich klar von der Lösung, gemeinsam unter einer Trägerschaft zu wirken, distanzieren. Sie haben gesagt, dass das für sie ein grundsätzliches Problem darstelle. Sie würden aus prinzipiellen Gründen da

nicht mitmachen können. Es wurde sogar sinngemäss davon gesprochen, dass es gewissermassen für sie einer Heirat mit dem Teufel gleichkomme. Ich möchte dies so deutlich gesagt haben, damit auch Regierungsrat Huber nachher vielleicht darauf hinweisen kann, dass es von Anfang an, eben eine sehr schwierige Aufgabe war, die er zu bewältigen hat.

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Aufgabenstellung aber auch aus der Sicht des WEF sehr schwierig ist. Ratskollege Schmid hat darauf hingewiesen, dass das Selbstbewusstsein der WEF-Verantwortlichen ausserordentlich gross und ausgeprägt ist. Irgendwie Einfluss auf das Jahrestreffen zu nehmen, geschweige denn auf die Institution als Ganzes, scheint mir nach den Hearings grundsätzlich ausgeschlossen. Wenn wir noch berücksichtigen, dass wir eben mit der heutigen Situation, wie ich vorhin gesagt habe, etwas erpressbar geworden sind, dann ist auch das WEF als Verhandlungspartner ein schwieriger Partner.

Zusammenfassend möchte ich drei Punkte festhalten. Quasi ein dreifaches Votum des starken Selbstbewusstseins verlangen oder in Aussicht zu stellen:

1. Wir brauchen einen klaren Ruf von diesem Parlament zugunsten von Davos als Standort für das WEF-Jahrestreffen, gewissermassen ein Bekenntnis dazu.
2. Wir brauchen einen klaren Ruf nach Führungsstärke und Durchsetzungswille, dies vor allem an die Adresse des Krisenmanagers, Regierungsrat Klaus Huber.
3. Wir brauchen einen klaren Ruf dafür, dass der Krisenmanager auch Freiräume geniessen kann, Freiräume, die ihn Notwendigenfalls dazu ermächtigen, von den Skizzen, von den Ideen, die in dieser Botschaft, in diesem Bericht aufgeführt sind, abzuweichen, um schlussendlich primäre Ziele erreichen zu können, nämlich die Fortführung des Jahrestreffens WEF 2003.

Ich bin selbstverständlich für Eintreten.

*Augustin:* Das WEF 2002 findet also nicht in Davos statt. Davos soll vielmehr in New York stattfinden. Das ist zu bedauern. Ich bedaure das ausdrücklich. Auch wenn vielleicht Frau Pfiffner nicht Unrecht hat, wenn sie sagte, wir können das auch als Chance akzeptieren. Als Chance aber nur dann, wenn das WEF wieder zurückkommt. Es ist also das erste Mal, dass der für Davos, für unseren Kanton aber auch für unser Land eben so prestigeträchtige wie bedeutungsvolle Anlass nicht dort durchgeführt wird, wo er Wurzeln geschlagen hat. Davos, aber vor allem unser Kanton Graubünden und auch die Schweiz haben nach 30 Jahren den Kampf um das WEF verloren. Ich hoffe, wie bereits unterstrichen, nur für einmal.

Nach dem Crash der Swissair, nach verschiedenen anderen Katastrophen, steht es nicht gut um unser Vaterland. Prima vista könnte man sagen, der Verlust des WEF 2002 erfolgte ohne zwingenden inländischen, innerkantonalen Grund, sondern alleine vor den Ereignissen und den Folgen des 11. September. Bei näherer Betrachtung hat allerdings Grossrat Trachsel wohl zu Recht darauf hingewiesen, dass sich eine differenziertere Betrachtung aufdrängt. Davos, ebenso wie Graubünden und die Schweiz waren schlicht nicht in der Lage, die für eine solche Weltveranstaltung notwendige Sicherheit zu gewährleisten und zu garantieren. Dabei steht die Schweiz bzw. stand sie immer für Sicherheit. Da mutet es schon beinahe tragisch-komisch an, dass dieselbe Schweiz nicht mehr in der Lage ist, nicht mehr in der Lage sein soll, Sicherheit, also Ruhe und Ordnung, für ein solches Annual-Meeting zu garantieren. Wo doch die Gewährleistung von

Sicherheit, von Ruhe und Ordnung, zu den eigentlichen Kernaufgaben eines jeden Staates gehört. Der Staat, meine Damen und Herren, der solche Aufgaben offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, zu prästieren, ist an seinen Grundfesten erkrankt. Das führt mich zur Schlussfolgerung, dass der Föderalismus im sicherheits-polizeilichen Bereich, oder wenn Sie es mit dem Kommentator der NZZ wollen und etwas plakativer formuliert, „der amtlich beglaubigte Kantönligeist in sicherheitspolitischen Fragen“ hat meines Erachtens ausgedient, wenn wir nicht einfach die Handlungsunfähigkeit des Staates, wie beispielhafter nicht das Ganze hätte vorexerziert werden können, als „Fait accompli“ akzeptiert werden soll.

Wenn wir das WEF zurück nach Davos holen wollen oder anders gefragt, wollen wir die Welt zurück nach Davos holen, ins Dorf zurückholen und nicht in die Provinzialität versinken lassen? Dann glaube ich muss das Polizeisystem der Schweiz gesamtschweizerisch restrukturiert werden. Schon innerhalb des vom Bund lancierten Projektes Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit (USIS), wurde festgestellt, dass die heutigen föderalistisch strukturierten Polizeiverbände nur knapp in der Lage sind, die polizeilichen Aufgaben, personell wie strukturell, zu bewältigen. Die Vorbereitungen für das WEF 2002 haben die Richtigkeit dieser Analyse vollends bestätigt und sie haben auch bestätigt, dass wir schlicht nicht in der Lage sind, solche Veranstaltungen sicherheitsmässig zu organisieren.

Darum meine Schlussfolgerung. Diese ist aus föderalistischer Sicht und damit auch aus Sicht des autonomen Kantons, im polizeilichen Bereich natürlich nicht erfreulich, aber meines Erachtens trotzdem richtig. Ohne Bundessicherheitspolizei geht es längerfristig jedenfalls nicht mehr. Die Älteren unter uns können sich erinnern. Ich war damals ein junger Student. Wir haben schon einmal eine Debatte, um eine Busipo geführt. Es zeigt sich nun, beinahe 20 Jahre später, dass die damalige Idee des Justiz- und Polizeivorstehers Kurt Furgler so falsch nicht war. Alleine das Volk hat ihm damals die Gefolgschaft versagt. Diese Entwicklung haben heute jedenfalls nicht die Bundesparlamentarier, nicht der Bund und auch nicht der Bundesrat zu verantworten, sondern die Verantwortung für diese Entwicklung hin zu einer Bundeslösung haben jene kantonale Polizeidirektorinnen und -direktoren und darin schliesse ich die Vorsteherin der Städtischen Polizeidirektion Zürich ein, jene zu verantworten, die ihre Unterstützung für das WEF 2002 an tausend Bedingungen, an verschiedenste Wenn und Aber knüpften, um die Solidarität mit Graubünden zu garantieren. Da die Kantone also offensichtlich alleine nicht mehr in der Lage sind, sich rechtzeitig und auch ohne exorbitante Forderungen, nicht zuletzt auch finanzielle Abgeltungsforderungen (die 8, 9 oder 10 Millionen Franken Zusatzkosten entsprechen zu 89 Prozent Personalkosten der übrigen Korps, die Graubünden verrechnet werden), wenn also diese anderen Kantone nicht in der Lage sind, sich zu verständigen und solidarisch den Kanton Graubünden zu unterstützen, dann bleibt nur der Weg, dass der Bund und damit der Bundesrat das Zepter in die Hand nehmen muss. Kurzfristig ist das nicht so einfach machbar, aber immerhin unter Artikel 52 der Bundesverfassung wäre es doch rechtlich lösbar.

Ich sage klar, wir wollen das WEF ohne Wenn und Aber nach Davos zurückholen.

1. Weil es eine strategische Plattform für die Schweiz und für ihre Aussenpolitik ohnegleichen darstellt. Es ist nämlich eine Plattform, die für Dialog und für Gespräch steht. Das ist ja der Kern dieses Spirit of Davos.

2. Wir wollen das WEF zurückhaben, und zwar als strategische Plattform für Graubünden und Davos als hervorragende kongress-touristische Veranstaltung mit weltweiter Ausstrahlung.

Wenn wir aber ja sagen zum WEF und das WEF zurückhaben wollen, hat das eben Konsequenzen, nämlich sicherheitspolizeilicher Natur über die ich soeben gesprochen habe. Kurzfristig gibt es die Lösung mit Artikel 52 der Bundesverfassung. Der Bund hat hier eine Kompetenz einzugreifen und die Kantone so zu organisieren, dass sie sich auch rechtzeitig die notwendige Unterstützung sicherheitspolizeilicher Natur gewährleisten und langfristig bleibt wohl nur die Lösung, die Kantone in diesem Bereich abzulösen und eine eigentliche Bundessicherheitspolizei einzuführen. Es hat aber nicht nur die Konsequenz sicherheitspolizeilicher Natur, es hat auch Konsequenzen oder Erfordernisse der Gastfreundschaft. Klaus Schwab hat das deutlich in den Medien auch so kund getan. Das WEF und seine Teilnehmer müssen in Davos, müssen in unserem Kanton und in unserem Land willkommen sein. Willkommen sein müssen nicht nur die Leute, sondern auch die Diskussionsthemen, die Traktandenliste, die sie sich selbst geben als private Organisation. Für ein Tourismusland und für ein Tourismuskanton, wie der unsrige ist, ist an sich die Forderung nach Willkommensein der Gäste nichts neues und nichts deplaziertes. Schon weniger eigentlich eine selbstverständlich einzulösende Forderung. Offenbar hat man den Eindruck gewonnen, dass man nicht mehr willkommen, nicht mehr ganz so willkommen war wie auch schon und darum muss es für uns neu wieder heissen: Das WEF ist bei uns willkommen. Ohne eine gewisse Herzlichkeit gegenüber den Leuten, die da zum Dialog sich treffen wird das WEF nicht zurückkommen. Ich rufe uns auf, diese Gastfreundschaft anzubieten und damit das WEF nach allen Kräften und nach Möglichkeiten wieder zu uns zurückzuholen.

*Roffler:* Tatsächlich, das nächste WEF findet in New York statt. Zwar unter dem Titel Davos 2002, aber eben in New York. Erstmals seit über 30 Jahren. Wenn Klaus Schwab die Rückkehr für 2003 nach diesem temporären Abstecher, wie ich ihn so bezeichnen möchte, wieder in Aussicht stellt, ist es noch lange keine Gewähr auf eine tatsächliche Rückkehr. Die Tür ist noch offen und wenn wir diese Tür offen halten wollen, dann müssen wir uns sehr stark machen. Wenn die Rahmenbedingungen, wie sie die Regierung im Bericht Arbenz bereits für das WEF 2002 formuliert hatte, nicht geschaffen werden können, dann wäre die ganze Schweiz und nicht nur Davos mit dem endgültigen Verlust dieses einmaligen Forums konfrontiert. Dann haben wir ein staatspolitisches Problem, wie meine Vorredner bereits gesagt haben. Ein staatspolitisches Problem, das wir hier diskutieren können, das aber gesamtschweizerisch und weltweit dann ihre Auswirkungen haben wird. Dies gilt es mit allen Kräften zu verhindern, und zwar auch vom Grossen Rat aus. Wenn man die Ernüchterung, ja gerade Betroffenheit in der Schweiz, vor allem auch in den Medien sah, als am 5. November 2001 der Weggang nach New York bekannt wurde, so kann man nur eines feststellen, ich spreche auch die Medien hier an: Nicht Graubünden und auch nicht Davos, sondern die Schweiz hat einen wichtigen Imageträger, eine ausserordentliche Plattform für Dialoge über alle Grenzen, über alle Kulturen, eine einmalige aussenpolitische Veranstaltung verloren.

Hier gilt es neu einzuhaken und mit vereinten Kräften daran zu arbeiten, dass das WEF wieder in die Schweiz, nach

Graubünden, nach Davos zurückkommt. Das mit der Durchführung dieser Veranstaltung verbundene Prestige, von dem Davos, Graubünden und die Schweiz profitieren können, soll 2003 wieder von hier aus ausstrahlen. Die Stimmung dieses Rates hier wird von Aussen wahrgenommen. Die Stimmung dieses Rates hier, wird in Genf, wird in Bern und wird in New York festgehalten. Um das WEF wieder in der Schweiz und damit in Davos durchführen zu können, müssen wir auf verschiedenen Ebenen aktiv werden und wir müssen jetzt Lösungen präsentieren. Wie schon der Kommissionspräsident erwähnt hat, unterstützt die Kommission das von der Regierung unter dem Arbeitstitel „Spirit of Davos“ vorgeschlagene Konzept. Dies ist ein erster, aber nur ein erster wichtiger Aspekt. Mit dieser Öffnung des WEF, der Stärkung von Davos als Ort einer offenen, breit abgestützten Kommunikationsplattform, schaffen wir die Voraussetzungen, um dieses einmalige Fenster weiter offen zu halten, um die Schweiz als ganzes positiv als Gastgeber in der Welt präsentieren zu können.

Die Bereitschaft des WEF, diese notwendige Öffnung zu unterstützen, diese ist heute noch offenkundig. Sie zeigt sich vor allem auch in der Themenwahl für das Meeting 2002 unter dem Titel „Führungsverantwortung in unsicheren Zeiten“. Dabei stehen folgende Gesichtspunkte im Zentrum der Diskussion: Es geht um eine globale Sicherheit und Verletzbarkeit, es geht um den Dialog der Kulturen und Religionen, es geht um nachhaltiges Wachstum weltweit, um dieses zu ermöglichen und dieses sicherzustellen und es geht wahrhaftig, und das ist wichtig, es geht um Armutsbekämpfung und es geht um eine Neueinschätzung der Rolle von Staat und Regierung sowie von Führungskräften und es geht in diesem Themenkreisen auch um die Frage nach den Herausforderungen aufgrund dieser Veränderungen, die wir erleben.

Das sind höchst aktuelle Themen für das WEF 2002. Sie sind an die neuste Geschichte, die geschrieben wurde und noch vielleicht weiter geschrieben wird, angepasst.

Wir müssen in der Schweiz, das ist gesagt worden, die Sicherheitsfragen lösen. Das ist eine gesamtschweizerische Aufgabe. Wir haben es von Grossrat Augustin gehört, dass die Solidarität über die Kantonsgrenze hinweg erfordert wird. Es kann doch nicht sein, dass die Sicherheit der einzelnen Kantone an der Kantonsgrenze aufhört und der Bund blossgestellt wird.

Weiter müssen wir auch die Frage der Finanzierung klären. Die Finanzierung nicht für einen Anlass, sondern grundsätzlich und für die Zukunft. Es wäre seitens der Schweiz ein wenig einladendes Zeichen, wenn Bund, Kanton, WEF und die Landschaft Davos jedes Jahr, wie auf einem orientalischen Basar über Kosten feilschen würden. Wenn das WEF, was offenbar unbestritten ist, über alle Parteigrenzen hinweg, eine Veranstaltung von öffentlichem, schweizerischem Interesse ist, dann soll die Öffentlichkeit auch die Sicherheitskosten tragen. Ich teile auch die Meinung der Kommission, dass der Bund einen grösseren Teil als bisher übernehmen darf und soll. Ich appelliere darum auch an die Adresse des Bundes, vor allem an die Parlamentarier, die über die notwendigen Kredite entscheiden und die Kosten für die Sicherheit an solchen Veranstaltungen durch den Bund zu übernehmen sind. Dies soll nicht nur für das WEF gelten, sondern grundsätzlich für solche und ähnliche Veranstaltungen in der Schweiz. Solche Anlässe können nicht mehr Kantons- und/oder Gemeindeaufgaben sein. Sie sprengen deren Kapazitäten. Es ist Aufgabe des Bundes. Das Renommee und die Austragung eines WEF's kommt nämlich der ganzen Schweiz, nicht Davos und nicht Graubünden allein, zu Gute.

Der Bund muss diese Aufgabe, davon bin ich überzeugt, an die Hand nehmen. Die sichere und finanzielle geregelte Durchführung solcher Anlässe liegt eindeutig im Interesse des Bundes.

Wir, und damit meine ich die gesamte Schweiz, müssen jetzt wirklich zielgerecht arbeiten, damit wir um einen NZZ-Kommentar zu zitieren: "Nicht nach und nach alle unsere internationalen Aushängeschilder verlieren. Nach der Swissair das WEF und nach einem Nein zur UNO auch noch die internationalen Organisationen in Genf." Wir haben aber noch immer gute Trümpfe in der Hand. Die Schweiz steht in vielem für Sicherheit, die Schweiz steht trotz allem für intakte Strukturen und funktionierende Organisationen. Darauf gilt es aufzubauen. Wir müssen aber auch unsere Schwachstellen ausmerzen und gesamteidgenössische Solidarität zeigen.

Es ist mir an dieser Stelle, hier im Rat, ein Anliegen im Namen der Davoser Bevölkerung und auch der Davoser Behörden zu danken und zwar unserer Kantonsregierung, dem WEF-Ausschuss für die grosse Unterstützung und die Hilfe für die Durchführung, Vorbereitung des WEF in all den Jahren und speziell herzlichen Dank für den Bericht von Peter Arbenz, der als eine grosse Bedeutung für die Zukunft des WEF's und der ganzen Schweiz erkannt worden ist. Wenn wir an die Führung des Bundesrates appellieren jetzt, heute und in der Zukunft, dann ist das notwendig und wichtig. Wir wissen aber auch, dass unsere Behörde in Bern, unser Bundesrat das WEF in der Schweiz will und dazu wollen wir ihn unterstützen. Wir danken ihm auch für diese notwendige Unterstützung. Diese Hilfe ist alles andere als selbstverständlich. Wir waren in Davos darüber immer froh und haben diese Hilfe geschätzt und werden diese auch weiterhin schätzen. Ich möchte die Ausführungen des Kommissionspräsidenten nochmals ausdrücklich unterstreichen und meine Überzeugungen zur weiteren Durchführung des WEF in Davos wie folgt zusammenfassen: Das WEF als internationale und gesamtschweizerisch sehr bedeutsame Veranstaltung soll in der Schweiz, soll in Graubünden, soll in Davos stattfinden können. Der Kanton Graubünden soll die Trägerschaft „Spirit of Davos“ mit 1 Million Franken unterstützen und weitere Mittel auch vom Bund zu gewinnen suchen. Wir sind auch dabei. Damit schaffen wir eine einmalige Plattform. Wir schaffen die Fortführung der grossen Bündner Tradition. Diese Tradition mit Minderheiten und Andersdenkenden korrekt umzugehen, fair umzugehen, aber auch verstanden werden dürfen wir nicht aufgeben. Die Finanzierung der Sicherheitskosten soll auf eine langfristige, angemessene und den Interessen entsprechend verteilte Basis gestellt werden. Der Bund soll die Koordination und Verantwortung für die Sicherheit übernehmen. Der Kanton soll ihn dabei unterstützen. In diesem Sinne bin ich für die Anträge der Regierung und der Kommission und ich danke den Ratskolleginnen und Ratskollegen für ihre Unterstützung und bitte auf das Geschäft einzutreten.

*Standespräsident:* Wir unterbrechen hier die Sitzung und gehen morgen weiter.

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Postulat Casanova (Chur) betreffend umfassende Aufgaben- und Strukturreform;
- Postulat Patt betreffend Sicherstellen von Massnahmen zur Verhütung und Behebung von Waldschäden;
- Postulat Zinsli betreffend Verkehrssicherheit und -bewältigung am San Bernardino;

- Interpellation Butzerin betreffend Umsetzung des Sprachenkonzeptes an der Volksschul-Oberstufe;
- Interpellation Feltscher betreffend Koordination der Berufsmatura;
- Interpellation Hess betreffend Alterspolitik und Stellenwert privater Organisationen;
- Interpellation Meyer betreffend Wohnheime für Mittelschülerinnen und Mittelschüler in Chur;
- Schriftliche Anfrage betreffend Errichtung einer Fachstelle für das Pflegekinderwesen.

(Schluss der Sitzung: 17.55 Uhr)

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Rodolfo Plozza

Der Protokollführer: Curdin Casaulta